Eidgenössische Migrationskommission EKM

Jahresbericht 2022

Migration im Fokus

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössische Migrationskommission EKM

Inhalt

3 *Perspektiven schaffen – für alle*

4 *Themen und Aktivitäten*

6 *Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine*

7 *Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz*

8 *Migration und Bildung*

9 *Bürgerrechte*

10 *Integrationsförderung*

12 *Projektliste*

14 *Veranstaltungen*

16 *Information der Öffentlichkeit*

18 *Beratung von Bundesrat, Behörden, Politik und Fachwelt*

22 *Arbeitsgruppen und Beiräte*

24 *Mitglieder*

Perspektiven schaffen – für alle

Was für ein Jahr! Mit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs werden viele «Selbstverständlichkeiten» in Frage gestellt. Wieder ein konventioneller Krieg in Europa, sogar mit einer Atommacht als Kriegspartei. Riesige Flüchtlingsströme in kurzer Zeit. Kapazitäten, die an ihre Grenzen kommen, viele Fragen zum Vorgehen und zum Status. Aber auch eine enorme Solidarität und die Bereitschaft vieler Menschen, direkt und persönlich zu helfen.

Es gibt keine wirkliche Planbarkeit von Fluchtbewegungen, es gibt keine fixen Rezepte. Die Art und Weise der Aufnahme, der Unterbringung wie auch der gesetzlichen Basis muss immer wieder überdacht werden. Zum ersten Mal überhaupt kommt in der Schweiz der Schutzstatus S zum Einsatz, der für solche Fälle geschaffen worden ist. Das funktioniert, doch gleichzeitig stellen sich viele Fragen: Wie verhält es sich mit der Integration, dem Spracherwerb, der Ausbildung der geflüchteten Menschen, die ja in diesem Status gar nicht vorgesehen sind? Schnell wird klar: Die Kinder müssen in die Schule, die Erwachsenen müssen die Sprache lernen können, sollen sich Arbeit suchen. Denn es ist bei jedem Konflikt ungewiss, wie lange er dauert. Und man kann Menschen nicht für längere Zeit in der Situation des Weder-Noch, des Aufgenommenseins und doch Ausgeschlossenseins, in einer Zwischenwelt ohne richtige Aufnahme, sitzen lassen. Das hätte schlimme Folgen für die Betroffenen, aber auch für die Gesellschaft. Man muss die Dinge vorantreiben, auch wenn man nicht weiss, ob die Menschen schon morgen wieder gehen oder für sehr lange oder gar immer hierbleiben werden.

Das aber hat Konsequenzen für den Status F, den Status der «Vorläufig Aufgenommenen». Denn diesen Menschen muten wir genau dies zu: Im Limbo zu sitzen, nicht zu wissen, wohin die Reise geht, zu warten, häufig auch zu verzweifeln. Manchmal für viele Jahre! Nicht einmal ein richtiger Status ist das F, sondern eigentlich eine juristische Ersatzmassnahme. Diese Menschen leben zwar hier, können aber zurückgebracht werden, wenn keine Gefahr mehr besteht. Sie sind jedoch stark eingeschränkt in ihren Rechten wie auch in ihren Möglichkeiten zu arbeiten. Schon der Ausdruck «vorläufig» schreckt viele Arbeitgebende ab, weil sie nicht wissen, wie lange sie eine Person mit diesem Status beschäftigen können. Und auch ein Familiennachzug ist praktisch nicht möglich. Viele Menschen mit diesem Status bleiben nicht nur von der Sozialhilfe abhängig, sondern verzweifeln, weil ihnen jede Perspektive fehlt, werden depressiv, psychisch und physisch krank.

Es gibt keinen Grund, diese Personen anders zu behandeln als diejenigen mit Status S. Auch wenn man nicht weiss, wie lange sie hierbleiben: Es braucht eine Perspektive, es braucht eine Beschäftigung, es braucht Sinn. Ohne Sinn können Menschen nicht leben. Kehren sie nicht zurück, wie das für viele der Fall sein wird, haben sie nicht viele Jahre verloren ohne sinnvolle Integrationsmassnahmen, kehren sie aber zurück, nehmen sie Wissen und Erfahrungen mit, die ihnen vielleicht einen Weg in die Zukunft weisen. Die Politik ist gefordert, das Offensichtliche endlich umzusetzen. Alles andere wäre nicht nur eine nicht akzeptable Ungleichbehandlung von Geflüchteten, sondern auch ein Betrug an den Betroffenen und an den Steuerzahlenden, die es teuer zu stehen kommt, wenn Tausende von Menschen nicht lernen, nicht arbeiten und nicht für sich selbst sorgen dürfen.

Walter Leimgruber
Präsident der Eidgenössischen Migrationskommission EKM

Themen und Aktivitäten

Das Präsidium, die Kommission und die Geschäftsstelle der Eidgenössischen Migrationskommission EKM befassten sich im Jahr 2022 in Plenarsitzungen, Expertengremien und an Veranstaltungen mit vielfältigen Themen. Im Fokus standen die «Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine», die «Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz» sowie die Themen «Migration und Bildung» und «Bürgerrechte».

Plenarsitzungen

Die Kommissionsmitglieder und die Geschäftsstelle haben sich 2022 viermal getroffen. Am 17. Februar 2022 im virtuellen Raum und dreimal vor Ort: Am 3. Mai 2022 auf der Welle in Bern, am 15./16. September im Hotel Pax Montana in Flüeli-Ranft und am 13. Dezember 2022 im Restaurant Zum Äusseren Stand in Bern.

Unter Einbezug der Expertise der Kommissionsmitglieder konnten in den Sitzungen die Fokusthemen

- Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine
- Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft
- Bildung und Migration
- Bürgerrechte

diskutiert und mit Akteurinnen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft, der Verwaltung und der Politik vertieft werden.

Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine

Am 24. Februar 2022 griff Russland die Ukraine an. Bereits vier Tage später veröffentlichte die EKM eine Medienmitteilung, in welcher sie die rasche Aktivierung des Schutzstatus S empfahl.

In der Folge erhielt die Geschäftsstelle hunderte von Anfragen von Betroffenen, die sie laufend telefonisch und per Mail beantwortete. Zudem stand sie den Behörden beratend zur Seite.

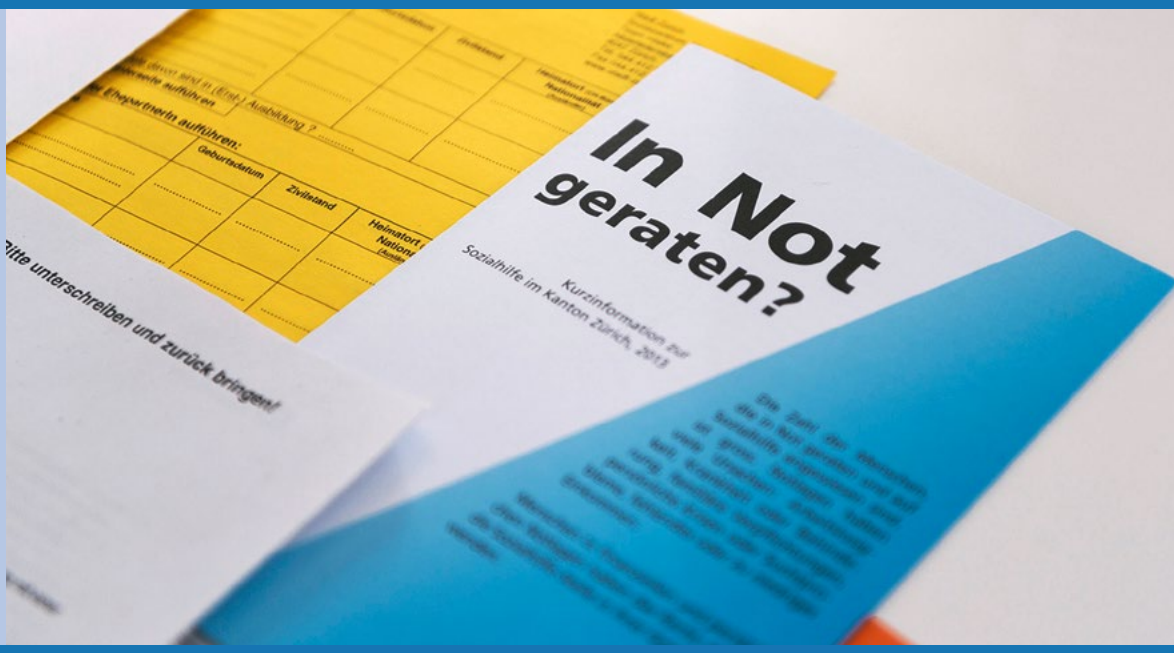
Am 8. März 2022 wurde die EKM vom Staatssekretariat für Migration SEM zur Anwendung des Status S für Geflüchtete aus der Ukraine konsultiert.

Am Nachmittag des 11. März 2022 informierte der Bundesrat, dass er den Schutzstatus S per 12. März 2022 aktivieren will. Gleichentags veröffentlichte die EKM eine Stellungnahme zur Ausgestaltung des Schutzstatus S, in welcher sie u.a. das Thema der Bildung aufgriff.

Am 24. März 2022 veröffentlichte die EKM ihre Empfehlungen zur obligatorischen Bildung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen und streute diese breit.

Am 1. April 2022 nahm die Kommission schliesslich Stellung zum geplanten Programm des SEM zu den Unterstützungsmassnahmen von Personen mit Schutzstatus S.

Am 6. September 2022 nahm die EKM an der Anhörung der EJPD-Evaluationsgruppe zum Schutzstatus S teil. Die Gruppe – von Bundesrätin Karin Keller-Sutter einberufen – wurde vom Aargauer alt Regierungsrat Urs Hofmann geleitet. Ihr gehörten der Zuger alt Ständerat Roland Eberle, der Solothurner Nationalrat Kurt Fluri, der Tessiner alt Staatsrat Paolo Beltraminelli, die Waadtländer alt Staatsrätin Béatrice Métraux, der ehemalige Staatssekretär Mario Gattiker und die Staatssekretärin Christine Schraner Burgener an. Sie hatte den Auftrag, die Stärken und Schwächen des im AIG verankerten Schutzstatus S in der praktischen Umsetzung aufzuzeigen. Mit Blick auf die Anhörung wurde von der EKM-Arbeitsgruppe «Schutzgewährung» eine konsolidierte Kommissionsposition erarbeitet und vorgestellt.



Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz

Seit einigen Jahren lässt sich in der Politik die Tendenz feststellen, den Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen zunehmend an den Status von Personen zu knüpfen. Ausländerinnen und Ausländer haben zwar das Recht, in Notlagen Sozialhilfe zu beantragen, setzen damit aber ihr Aufenthaltsrecht aufs Spiel.

An der Plenarsitzung im Februar diskutierte die EKM mit Nationalrätin Samira Marti die parlamentarische Initiative «Armut ist kein Verbrechen». Nicolas Galladé informierte über die von der EKM mitfinanzierten BASS-Studie zum «Nichtbezug von Sozialhilfebezug von Ausländer/innen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung in der Schweiz» und über die geplante Änderung im AIG zur «Anpassung der Sozialhilfeleistungen für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten».

An der Plenarsitzung im Mai referierte Jean Pierre Tabin von der Haute école de travail social et de la santé Lausanne (HES-SO) zum Thema «Sozialversicherungen: Wer ist mit wem solidarisch?». Barbara von Rütte gestaltete einen Input zum Thema «Wer gehört dazu? Armut als Ausschlussinstrument im Bürgerrecht».

An der Plenarsitzung im September lag die EKM-Zeitschrift terra cognita 39 zum Thema «Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz» auf, mit Beiträgen der EKM Mitglieder Barbara von Rütte, Andrea Lanfranchi, Hilmi Gashi und Nicolas Galladé.

An der Dezember-Plenarsitzung beleuchteten Dieter Kläy, Michael Schneider und Nicolas Galladé das Thema der sozialen (Un-)Sicherheit aus der Perspektive der Wirtschaft, der Migrationsämter und der Städte.

Migration und Bildung

Immer wieder verweist die EKM auf die Hürden, welche Geflüchtete überwinden müssen, um in der Schweiz studieren zu können.

Gemeinsam mit dem Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) lud die EKM am 24. Mai 2022 zum Runden Tisch «Studieren nach der Flucht» ein, an welchem Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen, der Zivilgesellschaft, der Behörden und der Politik Herausforderungen und Lösungsansätze diskutierten. Die Erkenntnisse dieses Runden Tischs machte die EKM einem breiten Publikum zugänglich.

Aufgrund ihrer Expertise im Bereich Migration und Bildung wurde die EKM zudem am 29. April 2022 von der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats WBK-N zu einer Anhörung zum Thema «Integration von Personen mit Schutzstatus S in das schweizerische Bildungssystem» eingeladen.

An der Anhörung der Parlamentarischen Gruppe für Berufsbildung vom 20. September 2022 zeigte die EKM den Handlungsbedarf Im Bereich der Bildung und der Berufsbildung auf. Massnahmen, die rasch umgesetzt werden können, sind aus ihrer Sicht

- die Schaffung von kantonalen Arbeitsintegrationsprogrammen, die darauf hinzielen die pädagogischen Kompetenzen und Ausbildungen von Personen mit Schutzstatus S für die Schulen nutzbar zu machen und die gleichzeitig dem massiven Lehrermangel entgegenwirken.
- die Erhebung von statistischen Daten zu den Kompetenzen von Personen mit Schutzstatus S. Diese Daten könnten den Behörden und Bildungsinstitutionen dazu dienen, geeignete Massnahmen zu entwickeln.
- die Einführung eines einheitlichen und anerkannten Kompetenzportfolios für Personen mit Schutzstatus S, welches diese bei der Suche nach geeigneten Anschlusslösungen im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt unterstützt.
- der Ausbau von Brücken-, Begleit- und Coaching-Angeboten auf Sekundärstufe II und Tertiärstufe, die auf die Potenziale von Personen mit Status S ausgerichtet sind sowie die Entwicklung von neuen Angeboten, insbesondere im Bereich der Mittelschulen.
- der Aufbau und Betrieb einer nationalen Plattform, die zum Ziel hat, die verschiedenen Akteure im Bereich der nachobligatorischen Bildung zu informieren und zu vernetzen, die Bemühungen der Kantone zu koordinieren und Angebote im Bereich der nachobligatorischen Bildung anzustossen, weiterzuentwickeln und in die Regelstrukturen zu überführen.

Zudem empfahl die EKM dem Bund, mittelfristig noch einen Schritt weiterzugehen und – in Zusammenarbeit mit den Kantonen – verschiedene Unterstützungsmassnahmen in einem Nationalen Aktionsplan «Bildungsqualität in der Migrationsgesellschaft» zu bündeln und für die Erstellung dieses Aktionsplans die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Bürgerrechte

Die Diskussionen rund um Bürgerrechte (politische, soziale und bürgerliche Rechte) in der Migrationsgesellschaft Schweiz sind ein zentraler Schwerpunkt der Arbeit der EKM. Im Jahr 2022 beschäftigte sich die Kommission mit verschiedenen Aspekten in diesem Themenbereich.

An der Plenarsitzung im Februar berichtete Rosita Fibbi vom Schweizerischen Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien (SFM) der Universität Neuenburg über die Resultate der Studie «Zugang zur erleichterten Einbürgerung von Personen der dritten Generation. Bilanz nach drei Umsetzungsjahren (2018–2020)», welche sie im Auftrag der EKM erarbeitet hat. Nationalrätin Ada Marra, welche im Parlament verschiedene Vorstösse eingereicht hat, um die Einbürgerung von Kindern und Jugendlichen zu erleichtern, zeigte auf, warum die Bürgerrechte für Personen der zweiten und dritten Generation ausgeweitet werden müssen.

An der Plenarsitzung im Mai lag der Ball bei der Zivilgesellschaft. Diverse Akteure berichteten von ihrem Engagement:

- Uwe Serdült, Sebastian Thomaskutty von baloti.ch
- Elias Studer von einbürgerungsgeschichten.ch
- Stefan Manser-Egli von der Aktion Viertiertel
- Maria-Cecilia Quadri, vom Institut Neue Schweiz INES
- Isabel Garcia von der Operation Libero
- Noémi Weber von der Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht SBAA

Sie plädierten

- für die Erweiterung der bürgerlichen, politischen und sozialen Rechte;
- für mehr Chancengleichheit beim Zugang zur Schweizer Staatsbürgerschaft;
- gegen die Diskriminierung von Personen ohne Schweizer Pass.

An der Plenarsitzung im September widmete sich die Kommission der ordentlichen Einbürgerung. Barbara von Rütte zeigte auf, dass das ohnehin schon restriktive ordentliche Einbürgerungsverfahren mit der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes im Jahr 2018 noch selektiver geworden ist. Anne Kristol, vom Laboratoire d'études des processus sociaux (MAPS) der Universität Neuenburg und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt «Les faiseur.euse.s de Suisse au XXIe siècle», brachte ihre Ausstellung aus dem Musée Gruérien in Bulle nach Flüeli-Ranft. Darin wird die kommunale Einbürgerungspraxis durch die Einbürgerungsbehörden wie auch durch die Einbürgerungskandidatinnen und -kandidaten reflektiert und kommentiert.

Integrationsförderung

Die EKM ist berechtigt, Programme zur Förderung der Integration zu entwickeln, durchzuführen und zu koordinieren. Die Programme der EKM zielen auf die Schliessung von Lücken im Bereich der Integration.
Die beiden Programme «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» und «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» wurden 2022 weitergeführt. Das Programm «Periurban» wurde abgeschlossen.

Programm «Periurban»

Die EKM förderte von 2008–2021 mit dem Programm «Periurban» die Integrationsförderung in ländlichen Gemeinden, wo solche Fragen bislang noch wenig beachtet wurden.

Projektförderung

In 13 Regionen der Schweiz entstanden zahlreiche Projekte und Aktivitäten – mit einem gemeinsamen Ziel: Die Integration von Zugezogenen im ländlichen Raum zu erleichtern und das Zusammenleben aller Bevölkerungsteile zu fördern.

Abschluss des Programms

Das Programm wurde mit einem Treffen der verschiedenen Beteiligten im April 2022 beendet. Das vorliegende Online-Werkstattbuch «Gutes Zusammenleben im ländlichen Raum» präsentiert die Erfahrungen und Erkenntnisse aus 14 Periurban-Programmjahren.

Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden»

In der Migrationsgesellschaft Schweiz haben nicht alle Bewohnerinnen und Bewohner dieselben Rechte und Pflichten. Die Bürgerrechte – die sozialen, bürgerlichen und politischen Rechte – sind abhängig vom aufenthaltsrechtlichen beziehungsweise vom staatsbürgerlichen Status. Obwohl die rechtliche Integration der Schweizer Bevölkerung insgesamt weit fortgeschritten ist, besteht Handlungsbedarf.

Lücken bestehen insbesondere bei den politischen Rechten: Jede vierte Person in der Schweiz ist schweizerischen Gesetzen unterworfen, darf diese aufgrund fehlender politischer Rechte aber nicht eigenverantwortlich mitgestalten und wird im öffentlichen Leben nicht anerkannt. Die Migrationsgesellschaft ist in den politischen Strukturen der Schweiz nicht angemessen abgebildet. Die Eidgenössische Migrationskommission EKM will dies ändern. Es ist ihr ein Anliegen, die politische Partizipation der Bevölkerung mit ihrem Förderprogramm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» nachhaltig zu verbessern.

Projektförderung

Mit der Projektförderung unterstützt die EKM die Realisierung innovativer Lösungen, um die politische Partizipation der Bevölkerung zu stärken. Zehn Finanzierungsanfragen wurden 2022 eingereicht. Für fünf Projekte wurden beim SEM finanzielle Beiträge beantragt.

Partnerschaften

Mit folgenden ausgewählten Partnerschaften fördert die EKM die Institutionalisierung von politischen Partizipationsmöglichkeiten:

- Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV 2021 – 2022.
- Der Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ 2022-2023.
- Campus Demokratie 2022 – 2024.

Evaluation des Programms

Eine breit angelegte Evaluation hat die Umsetzung des Programms «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» untersucht. Die Evaluation stellt dem Programm und seinen Instrumenten – den Projekten, Partnerschaften und Werkstätten – ein gutes Zeugnis aus. Mit dem Programm konnten, über die Zielgruppen der Integrationsförderung hinaus, Personen erreicht werden, welche Prozesse der politischen Partizipation vorantreiben.

Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe»

Die Schweiz ist eine Migrationsgesellschaft. Knapp die Hälfte der Schweizer Bevölkerung verfügt über einen Migrationshintergrund. In den Städten, Agglomerationen und Dörfern der Schweiz wird Vielfalt tagtäglich gelebt – mit allen Herausforderungen und Chancen.

Öffentliche Diskurse, Bilder, Geschichten und Räume sind jedoch oft geprägt von stereotypen Schablonen von «Wir und die Anderen». Dies kann zu Polarisierung und zu Ausschluss führen. Eine Demokratie ist aber auf eine vielstimmige öffentliche Kultur angewiesen, die Zugehörigkeit und Anerkennung für die gesamte Bevölkerung ermöglicht.

Im Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» werden partizipative Projekte gefördert, die Diskurse, Bilder, Geschichten und Räume von «Wir und die Anderen» hinterfragen und Alternativen dazu entwickeln. Das Programm stärkt damit die kulturelle Teilhabe, die soziale Kohäsion und ein vielstimmiges Wir-Gefühl in der Migrationsgesellschaft Schweiz.

Projektförderung

2022 wurden 49 Finanzierungsanfragen eingereicht. Für 21 Projekte wurden beim SEM finanzielle Beiträge beantragt.

Werkstatt «Neues Wir»

Die Projektträger trafen sich mit der EKM im Juni 2022 zur Werkstatt «Neues Wir», um die Herausforderungen bei der Projektgestaltung und -durchführung miteinander zu diskutieren.

Strukturelle Verankerung

Parallel dazu wurde der Prozess zur institutionellen Verankerung der kulturellen Teilhabe weitergeführt. Dieser Prozess wird zusammen mit dem Staatssekretariat für Migration SEM, dem Bundesamt für Kultur BAK und Pro Helvetia durchgeführt.

Projektliste

Diese Liste beinhaltet alle Projekte, welche 2022 die Projektverfügung erhalten haben. Dies betrifft sowohl Projekte aus der Gesuchseingabe 2021 wie aus der Gesuchseingabe 2022.

Projektdauer	Beschluss	Schwerpunkt	Kanton	Titel	Trägerschaft
2021–2022	140'000.–	Citoyenneté – Projekte	CH	Perspektiven-Studium 2021–2022	VSS UNES USU
2021–2023	44'000.–	Citoyenneté – Projekte	JU	Action sociale de proximité	Services sociaux régionaux de la République et Canton du Jura
2021–2023	90'000.–	Citoyenneté – Projekte	GE	Nouveau quartier de l'Étang à Vernier – Dispositif d'accompagnement pour favoriser la cohésion sociale	Ville de Vernier – cohésion sociale
2022–2023	115'000.–	Citoyenneté – Projekte	VD	Projet Traits d'union – phase II	Bureau lausannois pour les immigrés
2022–2024	125'000.–	Citoyenneté – Projekte	CH	Budget participatif : phase 2	Secrétariat général de la direction Enfance, jeunesse et quartiers de la Ville de Lausanne
2022–2025	90'000.–	Citoyenneté – Projekte	CH	Kinder- und Jugendpartizipation bei räumlichen Entwicklungsprojekten in Gemeinden	Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit (DOJ)
2023–2023	50'000.–	Citoyenneté – Projekte	D-CH	Michael Elsener – ALLES WIRD GUT	Pointenbauer GmbH
2023–2023	13'850.–	Citoyenneté – Projekte	BE/LU	Citizen Journalismus «Misch dich ein!»	Verein Lucify.ch
2023–2024	70'000.–	Citoyenneté – Projekte	ZH	MultiBioKulti im Gemeinschaftgarten des Stadtgartens Färberwiese	Interessengemeinschaft Stadtgarten Färberwiese / Wetzikontakt
2023–2024	200'000.–	Citoyenneté – Projekte	GE	Conseils des habitants	Bureau de l'intégration des étrangers du canton de Genève-DCS
2023–2024	95'000.–	Citoyenneté – Projekte	CH	Zukunftsgestaltungsset mit und für Lernende	SGG / Pro Futuris
2022–2024	150'000.–	Citoyenneté – Partnerschaften	CH	Partnerschaft zwischen der EKM und dem DSJ	Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ)
2022–2026	120'000.–	Citoyenneté – Partnerschaften	CH	Partnerschaft zwischen der EKM und der SAJV – Phase II – Verlängerung	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV)
2021–2022	35'000.–	Neues Wir – Projekte	BS	Einreisedatum	Verein Backpack2school
2021–2022	40'000.–	Neues Wir – Projekte	ZH	Found in Translation	Expo Transkultur
2021–2022	40'000.–	Neues Wir – Projekte	VD	Tisser l'hospitalité : Inclure les jeunes du foyer EVAM MNA dans le quartier d'Entre-Bois par une démarche participative	Association Kraft

Projektdauer	Beschluss	Schwerpunkt	Kanton	Titel	Trägerschaft
2021–2023	45’000.–	Neues Wir – Projekte	ZH/BE/BS	Orient Express Film – und Kulturtage 2021	Verein Orient Express
2021–2023	60’000.–	Neues Wir – Projekte	BS	°Kläranlage°	Ausstellungsraum Klingental
2021–2024	40’000.–	Neues Wir – Projekte	BE	Das Wandbild muss weg!	Verein Das Wandbild muss weg!
2021–2024	35’000.–	Neues Wir – Projekte	ZH	Concert of Nations	Stadt Kloten
2021–2025	80’000.–	Neues Wir – Projekte	SO/LU/ZH/BL/BS/AG	Recht auf Wir	Forschung Art Education, Zürcher Hochschule der Künste
2021–2025	60’000.–	Neues Wir – Projekte	AG	Collecting stories – Sammeln und Erinnern mit Alltagsexpert*innen der Migrationsbevölkerung	Stadtmuseum Aarau
2022–2022	20’000.–	Neues Wir – Projekte	BE	Unser Weltendorf	Ralf Assman
2022–2023	75’000.–	Neues Wir – Projekte	NW	Bunte Spunte	Bistro Interculturel
2022–2024	50’000.–	Neues Wir – Projekte	VD	VOIESX DE RESISTANCE	Association reliefs
2022–2024	85’000.–	Neues Wir – Projekte	NE/FR/GE	Lectures alternatives : cohésion culturelle à travers des rencontres dans les espaces muséaux	AMIC
2022–2024	80’000.–	Neues Wir – Projekte	GR	GLOBAL PLAYERS Raum für Interkultur / interkulturelles Theater	Global Players Chur
2022–2024	15’000.–	Neues Wir – Projekte	SZ	Sprachlich-kulturelle Partizipation der Vorschulkinder aus neueingewanderten Familien	Pädagogische Hochschule Schwyz
2022–2025	120’000.–	Neues Wir – Projekte	VD	Lausanne Méditerranées – laboratoire interculturel	Stadt Lausanne
2022–2025	30’000.–	Neues Wir – Projekte	BS/BE/ZH	War! 5 minutes – 5 days – 5 months	Noarmi GMBH
2023–2025	20’000.–	Neues Wir – Projekte	ZH	Hast Du Power	ReBelle Art
2023–2026	80’000.–	Neues Wir – Projekte	CH	i-we-i – between two alphabets	Verein Peer-Campaigns

Veranstaltungen

Runder Tisch «Studieren nach der Flucht»

an der Universität Bern

Kriege, Not und Verfolgung zwingen immer wieder Menschen zur Flucht. 2022 gelangten nicht nur Geflüchtete aus der Ukraine, sondern auch aus Afghanistan, Syrien, der Türkei und anderen Ländern in die Schweiz.

Unter den Schutzsuchenden sind auch viele Studierende, die ihre Hochschulen verlassen mussten oder ihre Studien nicht antreten konnten. In der Schweiz möchten sie ihren akademischen Weg fortsetzen und sie suchen den Zugang zu den universitären Hochschulen, den Fachhochschulen und den Pädagogischen Hochschulen. Doch wie gelingt dieser Hochschulzugang für Geflüchtete?

Gemeinsam mit dem Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) lud die EKM am 24. Mai 2022 zum Runden Tisch «Studieren nach der Flucht» ein, an welchem rund 80 Personen teilnahmen. An diesem Anlass, der an der Universität Bern stattfand, diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen, der Zivilgesellschaft, der Behörden und der Politik über die Herausforderungen beim Hochschulzugang für Geflüchtete.

Gemeinsam schlugen sie mögliche Lösungsansätze für die folgenden Bereiche vor:

1. Informieren, sensibilisieren und günstige Rahmenbedingungen schaffen
2. Förderangebote für eine akademische Ausbildung realisieren
3. Geflüchtete während des Studiums finanziell unterstützen

Die Erkenntnisse und Synthese des Runden Tisches «Studieren nach der Flucht» wurden im November 2022 veröffentlicht.

Werkstatt «Neues Wir»

im Progr in Bern

Am 8. Juni 2022 führte die EKM die Werkstatt «Neues Wir» durch, mit dem Ziel, eine gemeinsame Plattform für Fragen, Anregungen und Weiterentwicklung zu bieten. Projektträgerschaften konnten sich kennenlernen und austauschen, fachliche Inputs schufen methodische und fachliche Referenzen. Das gemeinsame Arbeiten erlaubte es, vorhandenes Wissen zu teilen und Netzwerke zu stärken. Die EKM wiederum erfuhr, welche Potenziale und Herausforderungen sich in der Praxis zeigen und wie sich die Förderstrategie vor diesem Hintergrund weiterentwickeln liesse. Das Treffen basierte auf den drei Themen: «Methoden», «Repräsentation» und «Finanzierung». Diese Themen hatten sich bei der Entwicklung des Programms und bei den ersten Erfahrungen in der Projektbegleitung als wichtige Querschnittsthemen herauskristallisiert.

Drei Fragen bildeten das Zentrum des Austausches:

1. Welche Methoden werden in der Praxis der kulturellen Teilhabe genutzt?
2. Wie lässt sich Vielstimmigkeit repräsentieren und auf Augenhöhe gestalten?
3. Wie lassen sich Projekte der kulturellen Teilhabe finanzieren?

Die Synthese und Learnings der Werkstatt «Neues Wir» wurden im August 2022 veröffentlicht.

Information der Öffentlichkeit

Studie «Erleichterte Einbürgerung von Personen der Dritten Generation. Bilanz nach drei Umsetzungsjahren (2018-2020).»

Seit dem 15. Februar 2018 können sich Ausländerinnen und Ausländer, deren Grosseltern bereits in der Schweiz gelebt haben und die selber in der Schweiz geboren sind, erleichtert einbürgern lassen. Von diesen circa 25 000 Personen erhielten bis Ende 2020 jedoch lediglich 1847 Personen den Schweizer Pass. Die Studie, die die EKM im Februar 2022 veröffentlicht hat, untersucht die Gründe für diese ernüchternde Bilanz und zeigt Wege auf, wie der Zugang zur Schweizer Staatsbürgerschaft erleichtert werden kann.

Erklärvideo «Gömmer go iibürgere»

Das EKM-Erklärvideo «Gömmer go iibürgere» verfolgt das Ziel, die erleichterte Einbürgerung zu erleichtern. Es richtet sich an Personen der dritten Ausländergeneration und zeigt Schritt für Schritt, wie diese vorgehen müssen, wenn sie die Möglichkeit der erleichterten Einbürgerung nutzen möchten. In den Genuss der 2018 eingeführten Regelung kommen junge Ausländerinnen und Ausländer, deren Grosseltern bereits in der Schweiz gelebt haben, die selber in der Schweiz geboren sind und jünger als 25 Jahre alt sind. Bis zum 15. Februar 2023 bestand diese Möglichkeit auch für Personen, die älter als 25 und jünger als 40 Jahre alt waren. Die EKM lud die entsprechenden Personen deshalb ein, diese Möglichkeit im verbleibenden Zeitraum zu nutzen. Sie stellte sich dabei auf den Standpunkt, dass es das politische Engagement aller braucht, um die Gegenwart und die Zukunft der Schweiz zu gestalten. 2022 war die Seite zur erleichterten Einbürgerung der 3. Generation die bestbesuchte Seite auf der EKM-Webseite. Sie wurde 13294-mal auf Deutsch, 5340-mal auf Französisch und 513-mal auf Italienisch angeklickt.

terra cognita 39 «Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz»

In der Schweiz gibt es ein Sicherheitsnetz, das weitreichenden Schutz vor Armut bietet – auch dann, wenn Menschen krank werden, die Arbeit verlieren oder zu wenig verdienen, um davon leben zu können. Aktuelle Studien zeigen jedoch, dass nicht alle gleich gut geschützt sind. Bestimmte Bevölkerungsgruppen mit Migrationsbezug sind besonderen Armutsrisiken ausgesetzt. Zudem müssen Menschen ohne Schweizer Pass bei einem Sozialhilfebezug mit ausländerrechtlichen Konsequenzen rechnen. terra cognita, das Magazin der Eidgenössischen Migrationskommission EKM, diskutiert in seiner 39. Ausgabe die vielfältigen Fragen, die sich rund um die soziale (Un-)Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz ergeben. In rund 30 Beiträgen aus Wissenschaft, Praxis und Politik werden Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu mehr sozialer Sicherheit für alle diskutiert.

Podcast «WIR SIND HIER»

In der Reihe «Chancen(un)gerechtigkeit in der Migrationsgesellschaft» des Podcasts «WIR SIND HIER» sind 2022 fünf Folgen auf Deutsch und zwei Folgen auf Französisch zu den folgenden Schwerpunkten erschienen:

- Chancen(un)gerechtigkeit in der Bildung
- (In)équité des chances dans l'éducation
- Chancen(un)gerechtigkeit und Geschlechterrollen – Fokus Männer
- (In)équité des chances et rôles de genre – focus sur les hommes
- Chancen(un)gerechtigkeit und Geschlechterrollen – Fokus Frauen
- Chancen(un)gerechtigkeit und Soziale Sicherheit
- Chancen(un)gerechtigkeit und Bürgerrechte

Kurzfilm «Frau – Migrantin – engagiert»

Sie setzen sich für die Umwelt und für die Gleichberechtigung aller Menschen ein. Sie wurden in die Exekutive gewählt und sind zu einer Inspirationsquelle in ihrer jeweiligen Region geworden. Sie, das sind drei Schweizer Politikerinnen mit afghanischer, sri-lankischer und kosovarischer Migrationsgeschichte. In diesem Kurzfilm berichten sie unter anderem davon, was sie inspiriert und motiviert. Das Porträt wurde mit Unterstützung der EKM von Albinfo.ch produziert und im Wallis, in der Waadt und in Fribourg über La Télé ausgestrahlt.

Beratung von Bundesrat, Behörden, Politik und Fachwelt

2022 wurde in der Geschäftsstelle die politische Beratungsarbeit zuhanden von Parlament, Verwaltung und Behörden verstärkt. Es wurden zahlreiche Empfehlungen, Positionspapiere und Stellungnahmen formuliert, Referate gehalten und Beratungsgespräche geführt.

Januar 2022

- **Beratung des Bundesrats zum Schwerpunkt Afghanistankrise.**

Februar 2022

- **Anhörung SPK-S: «Botschaftsasyl und/oder erweiterte humanitäre Visa: Ein notwendiger Bestandteil eines kohärenten Schutzsystems?».**

- **Empfehlung an den Bundesrat: «Schweiz ist in der Verantwortung: Schutzstatus «S» für Flüchtende aus der Ukraine.»**
  Die Eidgenössische Migrationskommission EKM sieht bereits am 28.02.2022 die Schweiz in der Verantwortung, sich an der Bewältigung der grossen Fluchtbewegungen und der humanitären Krise im Ukraine-Krieg zu beteiligen. Sie empfiehlt dem Bundesrat deshalb die Aufnahme von schutzbedürftigen Menschen aus der Ukraine über die Gewährung des Schutzstatus S. Wie bereits im Jahr 1999 während des Krieges in Ex-Jugoslawien, sollte die Aufnahme sehr rasch und grosszügig geschehen.

März 2022

- **Anhörung Abteilung Bürgerrecht des SEM zur Frage, wie Behörden die Information betreffend der erleichterten Einbürgerung der dritten Ausländergeneration verbessern können.**

- **Stellungnahme zur Ausgestaltung des Schutzstatus S**
  Der Schutzstatus S ist aus Sicht der Eidgenössischen Migrationskommission EKM sehr gut geeignet, schnell und pragmatisch der flüchtenden Zivilbevölkerung aus der Ukraine, für die Dauer der akuten

Gefährdung, Schutz ohne Asylverfahren zu gewähren. In der Konsultation, welche das Staatssekretariat für Migration SEM im Anschluss an den entsprechenden Entscheid des Bundesrats mit verschiedenen Fachgremien durchführte, nahm die EKM Stellung. Sie plädierte für eine differenzierte Ausgestaltung des kollektiven Schutzes. Ziel der Regelungen sollen der Erhalt der Arbeits-, der Rückkehr- sowie der Integrationsfähigkeit sein. Dies bedeutet unter anderem, dass die Zugänge zu Bildung und Arbeit ermöglicht und unterstützt werden. Zudem sollen in allen Schritten das Kindeswohl und der Schutz von Frauen und vulnerablen Personen prioritär behandelt werden.

- **Empfehlungen an den Bund, die Kantone und Gemeinden zur obligatorischen Bildung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen.**
  Die Bildung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen und die damit zusammenhängende gesundheitliche Versorgung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine, betrachtet die EKM als eine besonders sensible Aufgabe. Sie soll darum gemeinsam vom Bund, den kantonalen Erziehungs-, Sozial-, und Gesundheitsdepartementen, den Pädagogischen Hochschulen und den Integrationsfachstellen getragen werden und sich in allen Umsetzungsschritten am Erhalt des Kindeswohls orientieren.

April 2022

- **Anhörung WBK-N im Themenkomplex «Schulpflicht und nachobligatorische Ausbildung für ukrainische Staatsangehörige» zur Frage der Integration von Personen mit Schutzstatus S in das Schweizerische Bildungssystem.**

- **Stellungnahme im Rahmen der Konsultation zum Programm S des Bundes: «Unterstützungsmassnahmen von Personen mit Schutzstatus S» (Programm S).**
  Das geplante Bundesprogramm «Unterstützungsmassnahmen von Personen mit Status S» (Programm S) soll einen finanziellen Rahmen bieten, damit die Kantone für Personen mit Status S zusätzliche Unterstützungsmassnahmen vorsehen können. Die Eidgenössische Migrationskommission EKM begrüsst die Initiative des Bundes. In ihrer jüngsten Stellungnahme an die Behörden betont sie jedoch erneut die Wichtigkeit, Personen rasch in den regulären Integrationsprozess zu führen. Dieser soll auf den Erhalt der Arbeits- und Bildungsfähigkeit ausgelegt sein – ungeachtet, ob und wann die Personen in ihr Herkunftsland zurückkehren. Zudem rät die EKM dazu, die Dauer des Programms nicht auf ein Jahr zu befristen, sondern auf die Dauer der Anwesenheit dieser Personen auszudehnen. Die EKM stellt sich auf den Standpunkt, dass der Zugang zu Bildung ein Schwerpunkt des Programms sein sollte. Die Integrationspauschale und die damit verbundenen Leistungen, die für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen gelten, sollen auch auf Personen mit Schutzstatus S ausgeweitet werden.

Mai 2022

- **Anhörung SPK-S: «Erleichterte Einbürgerung der 2. und 3. Generation».**

- **Stellungnahme zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) betr. der Einschränkung der Sozialhilfe bei Ausländerinnen und Ausländern aus Drittstaaten.**
  Am 15. Januar 2020 hat der Bundesrat ein Massnahmenpaket verabschiedet, das zum Ziel hat, die Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten einzuschränken bzw. sie ganz auszuschliessen, um so die Kosten für Kantone und Gemeinden zu reduzieren.
  In ihrer Stellungnahme stellt die Eidgenössische Migrationskommission EKM fest, dass zugunsten der Kostenreduzierung bei der Sozialhilfe bereits in den vergangenen Jahren zahlreiche ausländerrechtliche Verschärfungen stattgefunden haben. Die EKM lehnt diese Entwicklung ab: Die sukzessive Reduktion der Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer, die Diskussionen um Missbrauch von Leistungen, auf die ein verfassungsrechtlicher Anspruch besteht, die Debatten um eine «Zuwanderung in die Sozialwerke», die Verrechtlichung des Integrationsbegriffs, der Sozialhilfebezug als Grund für Sanktionen und die Verknüpfung der Sozialhilfe mit der Aufenthaltssicherheit laufen aus Sicht der EKM den Integrationsbemühungen von Bund und Kantonen zuwider. Die problematische Verknüpfung von Sozialhilfe und Ausländerrecht sollte rückgängig gemacht werden.
  Die EKM ist überzeugt: Die Herausforderungen, welchen sich die Schweiz in Zukunft zu stellen hat, – nicht zuletzt auch jene im Bereich der sozialen Sicherheit – erfordern integrative und gesamtgesellschaftliche Lösungsansätze.

August 2022

- **Anhörung der EJPD-Evaluationsgruppe zum Schutzstatus S.**

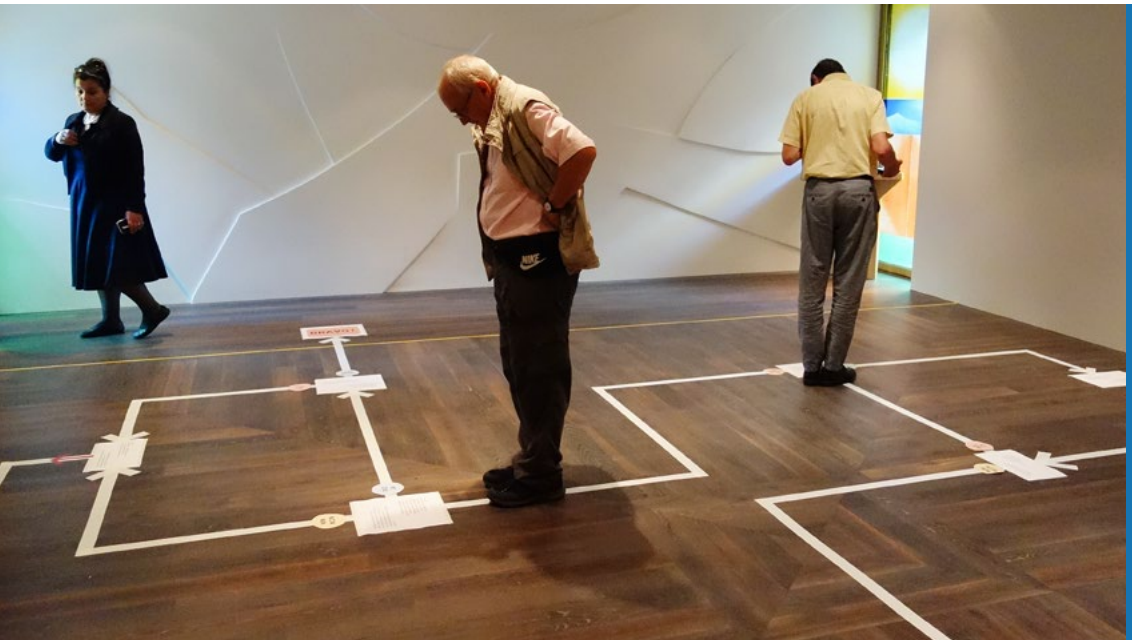
- **Feedback zur Deklaration der Schweiz am UN-Gipfel zur Transformation der Bildung.**

- **Stellungnahme zum vierten Staatenbericht der Schweiz für ihre Überprüfung im UNO-Menschenrechtsrat.**

September 2022

- **Anhörung der Parlamentarischen Gruppe Berufsbildung zur Frage des Handlungsbedarfs in der Berufsbildung: Bei Personen, welchen die Schweiz Schutz gewährt sowie bei spätzugewanderten Personen.**

- **Arbeitsgruppe Resettlement des SEM: Stellungnahme zur ländervergleichenden Studie zu «Komplementären Zugangswegen für Menschen auf der Flucht» und zur «Analyse des SEM zu komplementären Zugangswegen in der Schweiz».**
  In ihrer Stellungnahme stellt die EKM fest, dass die Schweiz im Bereich der Schutzgewährung eine wichtige Rolle spielt: Im internationalen Vergleich ist sie



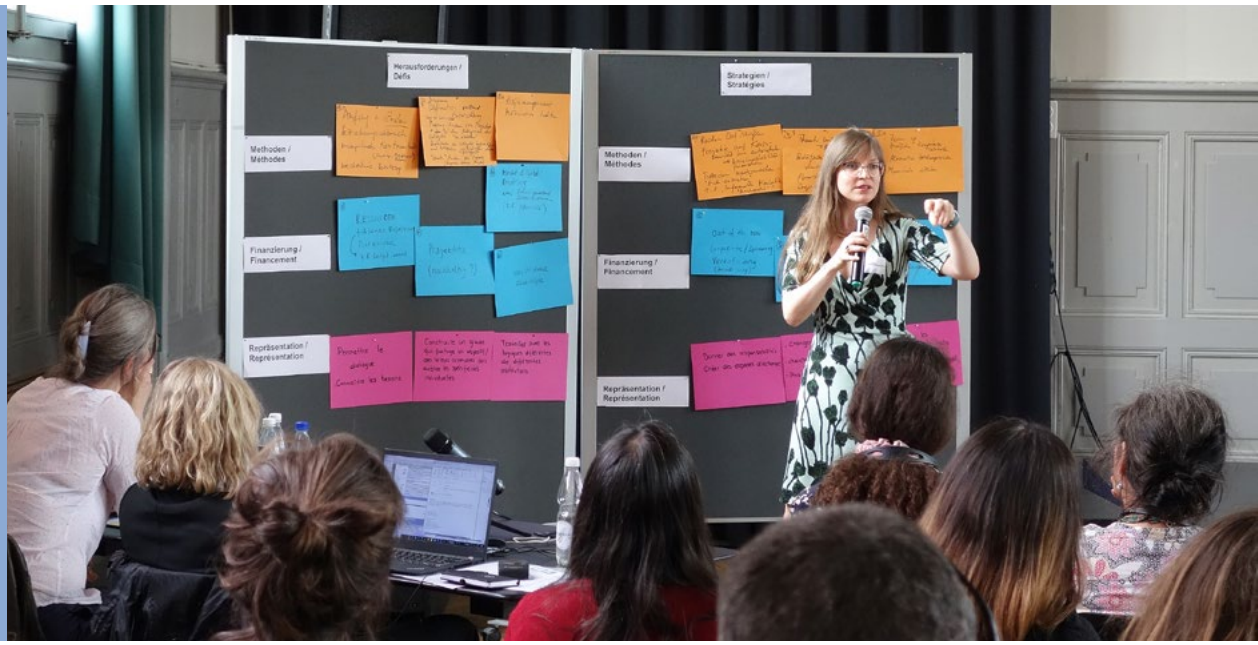
ein etablierter Resettlement-Staat und mit humanitären Visummöglichkeiten geht sie weiter als viele andere Aufnahmestaaten. Die Möglichkeiten der Schweiz sind aus ihrer Sicht jedoch nicht ausgeschöpft. Ein Blick in die Praxis zeigt, dass bei den etablierten Instrumenten durchaus Verbesserungsbedarf besteht. Zudem gibt es Schutzinstrumente, mit welchen die Schweiz noch wenig Erfahrung hat und deren Implementierung, in Anbetracht des wachsenden globalen Schutzbedarfs, diskutiert werden muss. Und auch auf internationaler Ebene, auf welcher das Schutzsystem nach wie vor unbefriedigend ist, kann die Schweiz einen Beitrag leisten, beispielsweise indem sie zur Entwicklung innovativer Instrumente beiträgt. Die Schweiz hat bereits in der Vergangenheit eine Vorreiterrolle gespielt. Sie sollte auch in Zukunft im Einklang mit ihrer humanitären Tradition eine Führungsrolle übernehmen.

Dezember 2022

- **Stellungnahme «Mehr Rechtsgleichheit für Opfer von häuslicher Gewalt durch die Änderung der Härtefallregelung im AIG»**
  Werden Angehörige aus Drittstaaten Opfer häuslicher Gewalt, droht Ihnen bei der Auflösung ihrer Ehe oder Familiengemeinschaft der Verlust ihres Aufenthaltsrechts. Die Angst, die Aufenthaltsbewilligung zu verlieren, verbunden mit der Abhängigkeit vom Partner, zwingt viele Opfer dazu, in der Gewaltbeziehung zu bleiben.
  Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates SPK-N sieht hier Handlungsbedarf. Mit einer parlamentarischen Initiative will sie die Härtefallregelung im Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) präzisieren und erweitern und Betroffene so besser schützen. Damit unterstreicht die SPK-N die Haltung des Bundesrats, der in seiner Antwort auf den Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention feststellt, dass alle Personen, unabhängig von ihrem jeweiligen Aufenthaltstitel, ein Recht auf Aufenthalt in der Schweiz haben sollen, wenn ihre Ehe aufgrund von häuslicher Gewalt aufgelöst wird. Die EKM begrüsst in ihrer Stellungnahme den nun vorgesehen konkreten Schritt der SPK-N, der zu mehr Rechtsgleichheit und einem verbesserten Opferschutz führt.

Januar – Dezember 2022

Zu den oben aufgeführten Arbeiten kamen zahlreiche weitere Vernetzungstreffen, die Beantwortung von Fragen und Anliegen aus der Bevölkerung und das Verfassen von Empfehlungsschreiben sowie vielfältige kleinere Beratungstätigkeiten hinzu.



Arbeitsgruppen und Beiräte

Die Kommissionsmitglieder haben ihre Expertise auch ausserhalb der Plenarsitzungen eingebracht, beispielsweise in Arbeitsgruppen und in Beiräten.

EKM-Arbeitsgruppe «Schutzgewährung»

Im Sommer 2022 setzte die Vorsteherin des EJPD, Bundesrätin Karin Keller-Sutter, unter der Leitung von alt Regierungsrat Urs Hofmann eine Evaluationsgruppe zum Status S ein. Ziel dieser Evaluationsgruppe war es, die Herausforderungen und Fragen, die sich aus der Anwendung des Status S ergeben, zu identifizieren und die Einbettung der geltenden Regelung im Schweizer Asylsystem zu beurteilen. Die EJPD-Evaluationsgruppe lud diverse Interessengruppen – darunter auch die EKM – in den Bernerhof zu einer Anhörung ein.

Die EKM-Arbeitsgruppe «Schutzgewährung» erarbeitete auf der Grundlage ihrer zuvor veröffentlichten Empfehlungen und Stellungnahmen die Position der EKM, welche ein EKM-Ausschuss an der Anhörung präsentierte. Ende November 2022 stellte die EJPD-Evaluationsgruppe den Zwischenbericht vor.

Bildung für alle – jetzt!

EKM-Vertretung: Inés Mateos

Nach der Tagung «Geflüchtete – Bildung, Integration und Emanzipation» wurden an einem Netzwerktreffen im Januar 2020 Forderungen verabschiedet. Solidarité sans frontières sosf, die Gewerkschaft VPOD und der Verband Schweizer Studierendenschaften VSS gründeten den Verein «Bildung für alle – jetzt!» und lancierten im Oktober 2020 die gleichnamige Kampagne.

Mit der Kampagne setzt sich der Verein dafür ein, die zahlreichen und häufig unüberwindbaren Barrieren, welchen Geflüchtete beim Zugang zu Bildung und qualifizierter Arbeit begegnen, abzubauen. Mithilfe von Veranstaltungen wird eine öffentliche Diskussion darüber initiiert, wie die Zugänglichkeit und die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem verbessert werden können. Mit Hilfe einer Petition und parlamentarischen Vorstössen sollen strukturelle Veränderungen angeregt werden, welche die Bildungschancen für Geflüchtete erhöhen. Das Projekt verfügt über ein Soundingboard, in welchem die EKM ihre Expertise einbringen kann.

Perspektiven – Studium

EKM-Vertretung: Etienne Piguet

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS ist überzeugt, dass Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Hochschulbildung auch für jenen Teil der Schweizer Bevölkerung gewährleistet sein muss, der die akademische Vorbildung im Ausland erworben hat. Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, wurde 2016 das Projekt «Perspektiven – Studium» lanciert. Dieses Projekt hat eine nationale Ausstrahlung: Es wurde eine Webseite mit umfassenden Informationen rund um die Hochschulzugänge aufgebaut. Die Webseite richtet sich an studieninteressierte Geflüchtete und an Begleit- und Fachpersonen. Mit dem Projekt leistet der VSS zudem Vernetzungsarbeit zwischen den verschiedenen Hochschulprojekten der Schweiz sowie zwischen Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Bildung, Migration und Integration. Seit der Gründung ist die EKM im Beirat dieses Projekts vertreten.

INVOST – Integrationsvorstudium an Fachhochschulen

EKM-Vertretung: Daniela Sebeledi

Mit dem Programm «INVOST» unterstützt der Verband Schweizer Studierendenschaften VSS regionale Fachhochschulen bei der strukturellen Verankerung von Brückenangeboten für qualifizierte Geflüchtete. Ziel ist es, diesen einen Bildungszugang zu ermöglichen, der ihrem Potential entspricht. An der Pilotphase nehmen die Hochschule für Technik der Fachhochschule Nordwestschweiz und die Haute école spécialisée de Suisse occidentale (HES-SO) teil. Später soll das Projekt auf andere Fachhochschulen ausgeweitet werden. Mit INVOST leistet der VSS Vernetzungsarbeit, unterstützt Fachhochschulen bei der strategischen Arbeit und fördert das freiwillige Engagement von Studierenden. Hinzu kommt eine Anschubfinanzierung von Förder- und Vorbereitungsmassnahmen sowie die Begleitung und Evaluation der Prozesse. Ein Beirat, in welchem die EKM vertreten ist, begleitet INVOST fachlich, fördert die interinstitutionelle Zusammenarbeit und trägt zur Multiplikation und Verstetigung der Angebote bei.

Hochschulvorbereitungskurs für Geflüchtete (Universität Zürich)

EKM-Vertretung: Elham Manea

2019 wurde die Integrationsagenda Schweiz IAS lanciert. Ihr Ziel ist es, dass Geflüchtete und vorläufig Aufgenommene rasch und ihrem Potenzial entsprechend im Arbeitsmarkt Fuss fassen können. Die Integrationsagenda betont die Bedeutung von Bildung für die berufliche Eingliederung. Da Integrationsangebote auf Tertiärstufe bislang rar sind, hat die Universität Zürich den Hochschulvorbereitungskurs «START! Studium» für Geflüchtete entwickelt. Das Angebot richtet sich an Geflüchtete, die aufgrund ihrer Vorbildung Potenzial für ein Hochschulstudium aufweisen. Der Kurs bereitet sie sprachlich, fachlich und organisatorisch auf eine Ausbildung auf Tertiärstufe vor und unterstützt sie beim Übertritt in die Hochschule. Um die Qualität, den Wissenstransfer und die Nachhaltigkeit zu sichern, wird das Projekt wissenschaftlich begleitet und von einem internen Steuerungsgremium und einem externen Beirat – in welchem auch die EKM vertreten ist – beraten.

Nationales Forum Alter und Migration

EKM-Vertretung: Ana Caldeira Tognola

Das Nationale Forum Alter und Migration ist eine Plattform, welche die wichtigsten Akteure aus den Bereichen Gesundheit, Alter, Integration/Migration auf der nationalen Ebene vernetzt. Es engagiert sich mit Öffentlichkeits-, Bildungs- und Grundlagenarbeit für die Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Situation älterer Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Ihre Interessen sollen unterstützt, ihre Rechte gestärkt und ihre Integration im Sinne gesellschaftlicher Partizipation gefördert werden.

Zugleich hat sich das Forum zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit und insbesondere Fachkräfte im Altersbereich für die Biografien und Lebensumstände der älteren Migrationsbevölkerung zu sensibilisieren.

Die EKM unterstützt das Nationale Forum Alter und Migration durch ihre Arbeit im Beirat.

Mitglieder

Die EKM ist eine ausserparlamentarische Kommission, die den Bundesrat berät. Sie hat 30 Mitglieder. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügt sie über eine Geschäftsstelle.

Walter Leimgruber, Präsident

Walter Leimgruber studierte Geschichte, Geographie und Volkskunde an der Universität Zürich und promovierte in Geschichte zur amerikanischen Afrikapolitik unter Präsident Kennedy. Er war als Mitarbeiter in verschiedenen Forschungsprojekten, als Ausstellungsmacher, Redaktor und Kurator für das 20. Jahrhundert im Schweizerischen Landesmuseum tätig.
Seit 2001 ist er Professor für Kulturanthropologie an der Universität Basel mit Arbeitsschwerpunkten in den Bereichen Migration, kulturelles Erbe, Kulturpolitik, materielle und visuelle Kultur.

Elham Manea, Vizepräsidentin

Elham Manea habilitierte 2011 an der Universität Zürich und ist dort Privatdozentin am Institut für Politikwissenschaft. Sie lehrt und forscht in den Bereichen Rechtspluralismus und islamisches Gesetz, Politik der arabischen Halbinsel, Gender und Politik sowie Politischer Islam. Ausserdem ist sie Autorin und Menschenrechtaktivistin und berät staatliche und nichtstaatliche Organisationen zu den Themen Menschenrechte, Islamismus, Frauen unter muslimischen Gesetzen und Länder in Konfliktzonen (Jemen) – allesamt Themen mit einem Migrationsbezug. Zu ihren letzten Buchveröffentlichungen gehören Woman and Shari'a Law: The Impact of Legal Pluralism in the UK (2016) und Der Alltägliche Islamismus (2018).

Etienne Piguet, Vizepräsident

Etienne Piguet ist Professor für Migrationsgeografie an der Universität Neuenburg. Seine ersten Erfahrungen im Asylbereich sammelte er in den 1990er-Jahren als Vertreter des Schweizerischen Roten Kreuzes bei Asylanhörungen. Seine Forschungen bezogen sich auf die Verteilung der Asylanträge in Europa, die Eingliederung der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt sowie die Migrationspolitik der Schweiz im Allgemeinen. Seit kurzem beschäftigt er sich auch intensiver mit der Frage der Klimaflüchtlinge. In diesem Zusammenhang hat er am Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) teilgenommen. Etienne Piguet ist Vorsitzender des Ausschusses für Bevölkerungsgeografie der International Geographical Union. Er schreibt den Blog «politique migratoire» auf der Website der Zeitung «Le Temps».

Veronica Almedom

Veronica Almedom migrierte mit ihrer Familie Ende der 1980er Jahre in die Schweiz, als in ihrer eritreischen Heimat ein Bürgerkrieg herrschte. Sie absolvierte eine kaufmännische Ausbildung in Lausanne und spezialisierte sich anschliessend im Bereich Kommunikation.
Seit 2013 setzt sie sich aktiv für die Bevölkerung von Eritrea ein. Sie hatte mehrmals die Gelegenheit, für längere Zeit nach Eritrea zurückzukehren. Diese Momente waren reich an Erfahrungen. Seit 2013 zielt ihr Engagement darauf, verschiedene Gruppen der Schweizer Zivilgesellschaft für das Thema der Menschenrechte zu sensibilisieren. In Eritrea stehen diese Fragen im Zentrum der aktuellen Migrationskrise.

Ana Caldeira Tognola

Geboren in Porto, zog Ana Caldeira Tognola im Jahr 1975 mit ihrer Familie nach Nyon. An der Universität Lausanne studierte sie Sprach- und Literaturwissenschaften und wurde anschliessend in die Chambre Consultative des Etrangers de Lausanne und in die Commission Consultative des Etrangers aufgenommen. Parallel dazu nahm sie im Namen der Fédération des Associations Portugaises de Suisse am Forum für die Integration der Migranten in Bern teil. Anschliessend lebte sie neun Jahre lang in Afrika.
Seit Mai 2015 leitet sie die interkulturelle Bibliothek LivrEchange in Freiburg. Mittlerweile hat sie ihr Engagement in der Fédération des Associations Portugaises de Suisse wieder aufgenommen. Im Februar 2017 wurde sie in den Beirat des Konsularbezirks von Bern berufen.

Anna Celio-Panzeri

Anna Celio-Panzeri vertritt den Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) und den Schweizerischen Verband der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK) bei der EKM. Im Kanton Tessin geboren und aufgewachsen, zog es sie nach dem Gymnasium in die Deutschschweiz, nach Zürich. Dort schloss sie das Bachelor- und Masterstudium in Politikwissenschaften ab. Bis 2021 arbeitete sie als Projektleiterin für den SGV, wo sie für die politischen Themen Asyl und Migration, Wirtschaft, Sicherheit und Partizipation verantwortlich war. Sie leitete das Projekt in comune, ein partizipatives Projekt im Rahmen des Programms Citoyenneté, welches darauf abzielt, die Beteiligung der gesamten Bevölkerung auf Gemeindeebene zu erhöhen. Seit 2021 arbeitet sie bei Pro Senectute.

Nicolas Galladé

Nicolas Galladé ist seit 2010 Stadtrat von Winterthur und steht dort dem Departement Soziales vor. Als Sozialvorsteher setzt er sich dafür ein, dass alle einen Platz in der Gesellschaft haben – auch Armutsbetroffene, Flüchtlinge, Jugendliche und ältere Menschen. 2014 wurde er zudem zum Präsidenten der Städteinitiative Sozialpolitik gewählt, welche die sozialpolitischen Interessen von rund 60 Schweizer Städten vertritt. Zuvor amtete er mehrere Jahre im Zürcher Kantonsrat und im Grossen Gemeinderat Winterthur. In der EKM vertritt er die Anliegen der Städte, welche soziale Veränderungen oft als erste wahrnehmen und diese innovativ angehen.

Hilmi Gashi

Hilmi Gashi arbeitet seit 2005 für die Gewerkschaft Unia. Zunächst als Fachsekretär für Migration, später als Leiter einer Sektion und seit 2019 als Leiter der Interessengruppen Migration, Jugend und Gleichstellung. In Kosova, seinem Geburtsland, studierte Hilmi Gashi Wirtschaftswissenschaften. In der Schweiz war er zuerst auf dem Bau tätig und bildete sich an der Universität Freiburg in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Verbandsmanagement weiter. Er arbeitete für diverse Projekte im Bereich Migration, als Sendungsmacher für freie Radios und auch als Dokumentarfilmer. Er ist Präsident der Migrationskommission des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Präsident der Fachkommission Integration der Stadt Bern und Co-Präsident von Solidarité sans frontières.

Mohomodou Houssouba

Mohomodou Houssouba ist Schriftsteller und Linguist. Nach seinem Studium der Literatur und modernen Sprachen liess er sich in Mali zum Englischlehrer ausbilden. An der Illinois State University besuchte er Workshops für literarisches Schreiben und spezialisierte sich dann auf afroamerikanische Literatur und Studien zur afrikanischen Diaspora.
Mohomodou Houssouba lebt seit Ende 2011 in Basel. Er hat in verschiedenen Programmen mitgearbeitet, die den Zugang der Migrationsgemeinschaften zu kulturellen Ressourcen fördern. Diese helfen ihnen, ihren Weg in der Schweizer Gesellschaft zu finden.

Jean-Claude Huot

Jean-Claude Huot arbeitet als Seelsorger und unterstützt Personen bei der Bewältigung von Schwierigkeiten im Arbeitsleben sowie bei der Suche nach einer Anstellung. Diese Begleitung ist nicht nur menschlich und sozial, sondern hat auch eine spirituelle Dimension, da es sich um eine Gemeinschaftsaktion der katholischen und protestantischen Kirche des Kantons Waadt handelt. Zuvor arbeitete Jean-Claude Huot für das Fastenopfer, Public Eye, die Kommission Justitia et Pax (Beratungsorgan der Schweizer Bischofskonferenz) sowie für religiöse Fernsehsendungen. Er schloss sein Studium in Sprach- und Literaturwissenschaften im Jahr 1983 an der Universität Neuenburg ab.

Mano Khalil

Nach dem Studium der Rechts- und Geschichtswissenschaften an der Universität Damaskus studierte Mano Khalil Spielfilm-Regie an der Film- und Fernsehakademie in der ehemaligen Tschechoslowakei. Anschliessend war er als freier Mitarbeiter beim tschechischen und slowakischen Fernsehen tätig. Seit mehr als zwanzig Jahren lebt er in der Schweiz, wo er als Regisseur, Drehbuchautor und Produzent verschiedener Dokumentar- und Spielfilme arbeitet. Als Filmemacher und ehemaliger Flüchtling möchte er mit seiner Arbeit und mit seinem persönlichen Engagement dem breiten Publikum den Schmerz der zur Flucht gezwungenen Menschen aufzeigen und so einen Beitrag zur besseren Verständigung zwischen Einheimischen und den vielmals unwillkommenen Gästen leisten.

Dieter Kläy

Dieter Kläy studierte Volkswirtschaftslehre und Staatswissenschaften an der Universität St. Gallen sowie Betriebswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen (Executive MBA HSG). Er ist seit 2012 beim Schweizerischen Gewerbeverband sgv als Ressortleiter Arbeitsmarkt, Mobilität und Wirtschaftsrecht tätig. Er ist Mitglied der Tripartiten Kommission Bund (TPK) und der Tripartiten Kommission ILO (TPK ILO) sowie Mitglied der Eidgenössischen Arbeitskommission (EAK) und der Aufsichtskommission für den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung. Des Weiteren ist Dieter Kläy als Präsident der Berufsbildungskommission des kantonalen Gewerbeverbands Zürich aktiv und Vizepräsident des Zürcher Kantonsrates.

Albana Krasniqi Malaj

Seit 2008 leitet Albana Krasniqi Malaj die Université des Cultures in Genf (UPA). Zuvor arbeitete sie im Bundesamt für Flüchtlinge und anschliessend im DIP in Genf als Dozentin und Elternberaterin sowie im SJAC in Onex als Erwachsenenbildnerin. Sie studierte Übersetzungswissenschaften und Französisch als Fremdsprache (FLE) an der Universität Tirana in Albanien. In der Schweiz bildete sie sich in Mediation und Konfliktmanagement sowie in Schweizer Sozialpolitik, interkultureller Kommunikation und Erwachsenenbildung weiter.
Ihr gesellschaftliches Engagement ist geprägt durch ihre Mitwirkung in gemeinnützigen Organisationen, darunter Alternative Médiation, die Plattform Albinfo.ch, die Ligue des Enseignants sowie Parents Albanais.

Thomas Kunz

Dr. Thomas Kunz ist Migrationsexperte und war bis 2020 für gut zwanzig Jahre Direktor der AOZ (Asyl-Organisation Zürich), einer Fachorganisation im Flüchtlings-, Migrations- und Integrationsbereich. Er studierte Pädagogik und Philosophie an der Universität Zürich. Er war in der offenen Jugendarbeit tätig und promovierte zu diesem Thema. Später leitete er viele Jahre die Wohn- und Obdachlosenhilfe in der Stadt Zürich.
Er war einige Jahre Präsident der Prüfungskommission der Eidgenössischen Berufsprüfung Migrationsfachfrau/Migrationsfachmann.

Andrea Lanfranchi

Prof. Dr. Andrea Lanfranchi ist eidgenössisch anerkannter Psychotherapeut sowie Fachpsychologe für Kinder- und Jugendpsychologie FSP und Sonderpädagoge. Er ist Leiter des Instituts Professionalisierung und Systementwicklung an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in Zürich. Er führt Forschungsprojekte im Bereich Migration – Schule – Familie – Integration durch und ist Herausgeber zahlreicher Publikationen zu diesen Themen.

Inés Mateos

Inés Mateos ist freischaffende Beraterin, Fachexpertin, Moderatorin und Dozentin für Bildungs- und Diversitätsfragen. Der Transfer zwischen Theorie, Praxis und Gesellschaft ist dabei zentral. Sie verfügt über lang-

jährige vielfältige Erfahrung, arbeitet wissenschaftlich wie auch praxisorientiert und pflegt ein weit verzweigtes lokales, nationales und internationales Beziehungsnetzwerk. Sie ist mehrsprachig und plurikulturell.

Peter Meier

Peter Meier ist seit Mitte 2018 als Leiter Asylpolitik bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) verantwortlich für die politischen Geschäfte im Themenbereich Flucht und Asyl, für das SFH-Lobbying in Bundeshaus, Verwaltung und Öffentlichkeit sowie für die Medienarbeit. Zuvor hat er die schweizerische und europäische Asyl- und Migrationspolitik während zwanzig Jahren als Journalist begleitet, beobachtet und analysiert, zuletzt als Bundeshausredaktor für Tamedia. Peter Meier studierte Geschichte und Medienwissenschaften an den Universitäten Basel und Bern. Wissenschaftlich tätig war er während rund zehn Jahren am Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft der Universität Bern, wo er als Leiter Forschung und stv. Institutsdirektor eine Vielzahl von Forschungsprojekten verantwortete.

Gaetana Restivo

Die Biologin Gaetana Restivo kam 2006 in die Schweiz. Sie erwarb an der Universität Lausanne einen Doktortitel und setzte danach ihre Forschungstätigkeit in Zürich fort. Zurzeit arbeitet sie im Zürcher Unispital. Sie ist Gründungsmitglied der Fabbrica di Zurigo. In dieser politisch-kulturellen Vereinigung haben sich italienische Migrantinnen und Migranten der neuen Generation zusammengeschlossen, um sich unter anderem für eine offenere und ausländerfreundliche Gesellschaft stark zu machen. Gemeinsam mit anderen Migrantenvereinen organisiert die Fabbrica di Zurigo den Tag der ZürcherInnen, ein Strassenfest, das jedes Jahr einem anderen Migrationsthema gewidmet ist.

Camila Rezende de Sousa

Camila Rezende de Sousa studierte in Brasilien Rechtswissenschaften, bildet sich seither im Ausländerrecht ständig weiter und baut so ihre Gesetzgebungskenntnisse in diesem Bereich laufend aus. Sie schaut auf über neun Jahre Erfahrung in der Beratung von Migrantinnen und Migranten zurück. Heute ist sie im BLI (Bureau lausannois pour les immigrés) zuständig für die Betreuung von Personen aus französisch- und portugiesischsprachigen Ländern, die neu in die Schweiz gekommen sind. Daneben ist sie ehrenamtlich für die portugiesischsprachige Vereinigung Entrelaçar tätig. Durch diese Tätigkeiten steht sie in direktem Kontakt mit Menschen aus verschiedenen Kulturen, deren einzigartige Lebensgeschichten spezifische Bedürfnisse mit sich bringen. Camila Rezende de Sousa möchte vor allem ihre praktische Erfahrung in die EKM einbringen.

Michael Schneider

Nach einer handwerklichen Aus- und Weiterbildung realisierte Michael Schneider über mehrere Jahre verschiedene Hoch- und Tiefbauprojekte. In dieser Zeit arbeitete er auch für zwei kleine NGOs in Afrika in der Entwicklungszusammenarbeit. Nach einer Ausbil-

dung bei der Eidgenössischen Zollverwaltung war er über mehrere Jahre in verschiedenen Funktionen im Rheintal im Einsatz. Als Fachspezialist stand er zudem für das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA bei der Schweizer Botschaft in Abuja im Einsatz. Nach einer berufsbegleitenden kaufmännischen Aus- und Weiterbildung wechselte er Ende 2007 zum Migrationsamt und Passbüro des Kantons Glarus. Seit 2011 leitet Michael Schneider dieses Amt und vertritt seit 2020 die Vereinigung der kantonalen Migrationsämter (VKM) bei der EKM.

Daniela Sebeledi

Daniela Sebeledi hat Soziologie an der Universität Genf und der Humboldt Universität Berlin studiert. Sie arbeitet für das «Bureau de l'intégration des étrangers» des Kantons Genf, wo sie hauptsächlich für Projekte zu den Themen Rassismus und Diskriminierung zuständig ist. Sie ist Mitglied der Konferenz der Fachstellen für Integration KoFI, die sie in der Eidgenössischen Migrationskommission EKM vertritt. Weiterhin ist sie in diversen Verbänden in den Bereichen Asyl sowie Förderung und Schutz der Menschenrechte aktiv. Sie hat serbokroatische Wurzeln.

Iris Seidler-Garot

Der Erstausbildung zur Hotelfachfrau folgten viele Jahre Auslandaufenthalt, vornehmlich im nordafrikanischen Raum. Iris Seidler-Garot hat somit in ihrem Leben längere Zeit als Migrantin im Ausland gelebt als in ihrem Heimatland Deutschland. Seit 12 Jahren lebt sie in der Schweiz und arbeitet in der Kommunikationsabteilung bei Grün Stadt Zürich. Neben dem Engagement bei der EKM unterstützt sie seit mehreren Jahren auf direktem Weg eine balinesische Familie, indem sie für die Ausbildung der Kinder aufkommt.

Christoph Sigrist

Christoph Sigrist ist Pfarrer am Grossmünster Zürich und Titularprofessor für Diakoniewissenschaft an der theologischen Fakultät der Universität Bern. Er engagiert sich in diversen Stiftungen und Gremien und ist Mitglied des Stiftungsrates HEKS, Parlamentspräsident des Zürcher Spendenparlaments, Präsident des Zürcher Forums der Religionen (ZFR) sowie der Gesellschaft Minderheiten der Schweiz (GMS). Als Mitglied der EKM sind ihm die humanitären, rechtlichen und ethischen Aspekte der Schweizer Migrationspolitik sowie die Vernetzungsarbeit zwischen staatlichen und kirchlichen Initiativen ein Anliegen. Seit 30 Jahren setzt er sich für die diakonische und politische Flüchtlingsarbeit ein – beispielsweise durch kirchliche Hilfsgüteraktionen oder als Mitgründer des Solidaritätsnetzes Zürich.

Antonio Simona

Antonio Simona (Jahrgang 1952) arbeitete nach seinem Studium der Literaturwissenschaft zunächst als Journalist bei der Schweizerischen Depeschenagentur und von 1983 an beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement EJPD. Von 1988 bis zu seiner Pensionierung Ende 2017 leitete er das Empfangs- und Verfahrenszentrum (heute Bundesasylzentrum) in Chiasso. Zurzeit ist er Präsident der Tessiner Fondazione Azione Posti Liberi, die in erster Linie Unterstützung und Rechtsberatung für Asylsuchende bietet.

Anu Sivaganesan

Anu Sivaganesan machte ihre ersten Gremienerfahrungen als Jugendliche in der Kommission für Integrationsfragen und gegen Rassismus des Kantons Zug. Heute forscht sie im Bereich Migration und Menschenrechte an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Ihre wissenschaftlichen Studien führten sie in die Türkei, die Niederlande, nach Sri Lanka, Pakistan und Grossbritannien sowie in die USA. Seit mehreren Jahren leitet sie die Rechtsabteilung der Fachstelle Zwangsheirat, ein Kompetenzzentrum des Bundes. Darüber hinaus ist sie Mitglied der Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF, präsidiert die Organisationen Kinderlobby Schweiz sowie Migration & Menschenrechte und ist Vorstandsmitglied bei NCBI Schweiz.

Sibylle Stolz

Ihr Studium in Ethnologie, Soziologie und Islamwissenschaften schloss Sibylle Stolz Niederberger im Jahr 2000 mit einer Lizentiatsarbeit zur Integrationspolitik in der Schweiz und in Luzern ab. Seit 2000 ist sie Integrationsbeauftragte der Stadt Luzern. Sie baute die Integrationspolitik und die Fachstelle Integration der Stadt Luzern auf. Dies beinhaltet neben der spezifischen Integration (Willkommenskultur, Beratung der Stadtverwaltung zu interkulturellen Fragen, Förderung von Integrationsprojekten), auch den Aufbau der Frühen Förderung und der Quartier- und Stadtteilpolitik. Sibylle Stolz-Niederberger war seit der Gründung und bis 2016 im Vorstand der Konferenz der kantonalen, regionalen und kommunalen Integrationsdelegierten.

Barbara von Rütte

Schon während ihres Jurastudiums an den Universitäten Bern und Leiden hat sich Barbara von Rütte mit Migrationsrecht beschäftigt. Nach der Ausbildung zur Anwältin promovierte sie zum Thema der Anerkennung der Staatsangehörigkeit als Menschenrecht an der Universität Bern. Daneben forschte sie zum schweizerischen Bürgerrecht, zur Staatenlosigkeit oder zur menschenrechtlichen Zulässigkeit von ausländerrechtlicher Administrativhaft. Seit 2019 untersucht Barbara von Rütte als Postdoctoral Research Fellow am Max-Planck-Institut multireligiöse und multiethnische Gesellschaften in Göttingen. Des Weiteren ist sie Konsulentin beim Europarat für ausländerrechtliche Administrativhaft sowie Vorstandsmitglied bei humanrights.ch und beim Swiss Network of Young Migration Scholars.

Simon Wey

Simon Wey ist seit 2016 als Arbeitsmarktökonom und seit 2019 als Chefökonom beim Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV) in Zürich tätig. Davor arbeitete er als Industrieökonom bei der Eidgenössischen Wettbewerbskommission und bei der Swisscom AG. Nach einer beruflichen Grundausbildung schloss er das Studium zum Informatik-Ingenieur FH ab. Anschliessend studierte er Volkswirtschaft und promovierte an der Universität Zürich mit Forschungsaufenthalt an der Wharton School der University of Pennsylvania in Philadelphia. Beim SAV engagiert er sich für die Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt.

Mandy Zeckra

Mandy Zeckra vertritt den Gewerkschaftsdachverband Travail.Suisse bei der EKM. Sie war Vize-Präsidentin und Geschäftsleitungsmitglied bei der Gewerkschaft Syna. Sie ist in Berlin / Deutschland geboren und aufgewachsen. Nach dem Studium der Politikwissenschaft hat sie über 15 Jahre lang in der Internationalen Zusammenarbeit gearbeitet, mit mehrjährigen Aufenthalten im Kosovo, Südsudan, Afghanistan und Pakistan. Zudem leitete sie für Caritas Schweiz die weltweite Humanitäre Hilfe und koordinierte Katastrophen- und Kriseneinsätze. Mit dem Thema Migration hat sie sich dabei aus unterschiedlichen Perspektiven befasst – Krieg, Klima, Armut. Innerhalb der EKM fokussiert sie auf Themen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration sowie der Diskriminierung.

Mitarbeitende der Geschäftsstelle 2022

Bettina Looser, Elodie Morand, Pascale Steiner, Sibel Opuz, Lisa Marti, Adrian Sansonnens, Rohit Jain, Sibylle Siegwart, Sylvie Lupi, Lenny Bugayong

Impressum

Herausgeberin
Eidgenössische Migrationskommission EKM
Quellenweg 6, 3003 Bern-Wabern
ekm@ekm.admin.ch

Redaktion
Bettina Looser, Pascale Steiner, Lisa Marti

Gestaltung
pomona.innovation, Visp

Copyright Bilder
Alex Uehlinger: Seiten 14, 16, 24/25
EKM: Seiten 3, 10, 15, 17, 19, 20, 22, 24, Schlussseite
Keystone-SDA: Valentin Flaurad, Titelbild; Jean-Christophe Bott, Seite 6; Christian Beutler, Seite 7; Martin Ruetschi, Seite 8
weiss communication+design ag: Seiten 9, 16
Yoshiko Kusano: Seiten 4/5, 18, 21, 25, 26, 27, 28, 30

EKM/Mai 2023

Commission fédérale des migrations CFM

Rapport annuel 2022

Migration plein cadre

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Commission fédérale des migrations CFM

Table des matières

3 *Créer des perspectives – pour tous*

4 *Thèmes et activités*

6 *Accueil des personnes ayant fui l'Ukraine*

7 *Sécurité sociale dans la société suisse de migration*

8 *Migration et formation*

9 *Droits civiques*

10 *Encouragement de l'intégration*

12 *Liste des projets*

14 *Manifestations*

16 *Information du public*

18 *Conseils au Conseil fédéral, aux autorités, aux politiques et aux professionnels*

22 *Groupes de travail et conseils consultatifs*

24 *Membres*

Créer des perspectives – pour tous

Quelle année ! Le déclenchement de la guerre en Ukraine a ébranlé beaucoup de « certitudes ». À nouveau une guerre conventionnelle en Europe – avec une partie belligérante dotée de l'arme nucléaire. De gigantesques flux de réfugiés en peu de temps. Des capacités qui arrivent à leurs limites, de nombreuses questions quant à la manière de procéder et au statut des personnes en fuite. Mais aussi une énorme solidarité et le souhait de nombreuses personnes de venir en aide directement et personnellement.

Les mouvements d'exode ne peuvent pas se planifier ; il n'y a pas de solution standard. Il faut constamment repenser la manière d'accueillir, d'héberger, mais aussi les bases juridiques. En Suisse, le statut de protection S, créé pour de tels cas, est activé pour la première fois. Même s'il fonctionne, beaucoup de questions se posent en parallèle : qu'en est-il de l'intégration, de l'apprentissage de la langue, de la formation des réfugiés, de tous ces éléments qui ne sont pas prévus par ce statut ? La réponse s'impose rapidement : les enfants doivent aller à l'école, les adultes apprendre la langue, et chercher du travail. Car le propre de tout conflit est que l'on n'en connaît jamais la durée. Et l'on ne peut maintenir longtemps les personnes dans l'incertitude, alors qu'elles ont certes été accueillies mais sont simultanément exclues, cela dans un monde intermédiaire sans prise en charge réelle. Une telle situation aurait de graves conséquences pour les personnes concernées, mais aussi pour la société. Il faut aller de l'avant, même si l'on ne sait pas si les réfugiés partiront demain, s'ils resteront longtemps, voire pour toujours.

Mais cela a des conséquences sur le statut F, celui des « personnes admises à titre provisoire ». Car c'est exactement ce que nous demandons à ces personnes : rester dans les limbes, ne pas savoir où le voyage va les mener ; attendre, souvent même désespérer. Parfois pendant de nombreuses années ! Le statut F est plutôt une mesure juridique de substitution qu'un véritable statut. Les personnes qui en sont titulaires vivent bien dans le pays, mais peuvent être renvoyées lorsque le danger a été écarté. Elles sont fortement limitées dans leurs droits et dans leurs possibilités de travailler. Le terme même de « provisoire » dissuade bien des employeurs, car ils ne savent pas combien de temps ils pourront employer une personne avec ce statut. Par ailleurs, le regroupement familial n'est pratiquement pas possible. De nombreuses personnes ayant ce statut ne restent pas seulement tributaires de l'aide sociale, mais désespèrent aussi parce qu'elles manquent de toute perspective ; elles deviennent dépressives, malades psychiquement et physiquement.

Il n'y a pas de raison d'appliquer à ces personnes un autre traitement que celui des titulaires du statut S, même si l'on ne sait pas combien de temps elles resteront ici. Elles ont besoin d'une occupation, de débouchés – leur vie doit avoir un sens. L'être humain ne peut pas vivre si sa vie n'a pas de sens. Si ces réfugiés ne retournent pas dans leur pays, ce qui sera le cas pour beaucoup d'entre eux, ils n'auront pas perdu de nombreuses années à attendre des mesures d'intégration sensées. Si en revanche ils rentrent chez eux, ils emporteront des connaissances et des expériences qui les aideront peut-être à trouver un chemin pour l'avenir. Les instances politiques sont appelées à mettre enfin en œuvre ce qui apparaît comme une évidence. Tout le reste serait non seulement une inégalité de traitement des réfugiés inacceptable, mais aussi une tromperie à l'égard des personnes concernées et des contribuables, qui paieront cher le fait que des milliers de personnes ne peuvent pas acquérir de connaissances, travailler ou subvenir à leurs besoins.

Walter Leimgruber
Président de la Commission fédérale des migrations CFM

Thèmes et activités

En 2022, la présidence, la Commission et le secrétariat de la Commission fédérale des migrations CFM se sont penchés sur de nombreux thèmes lors de séances plénières, de comités d'experts et de manifestations. L'accent a été mis sur l'« accueil des personnes ayant fui l'Ukraine », la « Sécurité sociale dans la société suisse de migration », ainsi que sur les thèmes « Migration et formation » et « Droits civiques ».

Séances plénières

La Commission et le secrétariat se sont rassemblés quatre fois en 2022. Le 17 février 2022 de manière virtuelle et trois fois en présentiel dans les lieux suivants : à la « Welle » à Berne le 3 mai 2022, à l'hôtel Pax Montana à Flüeli-Ranft, les 15 et 16 septembre 2022 et au « Äusseren Stand » le 13 décembre 2022.

Au cours de ces sessions, les thèmes

- Accueil des personnes ayant fui l'Ukraine
- Sécurité sociale dans la société de migration
- Migration et formation
- Droits civiques

ont été discutés en faisant appel à l'expertise des membres de la Commission, mais aussi en présence d'acteurs de la société civile, de l'administration et de la politique.

Accueil des personnes ayant fui l'Ukraine

Le 24 février 2022, la Russie a attaqué l'Ukraine. Quatre jours seulement après le début de la guerre d'agression, la CFM a publié un communiqué de presse dans lequel elle recommandait d'activer rapidement le statut de protection S.

Par la suite, le secrétariat a reçu des centaines de demandes de personnes concernées, auxquelles il a répondu en permanence par téléphone et par e-mail. Il a également conseillé les autorités.

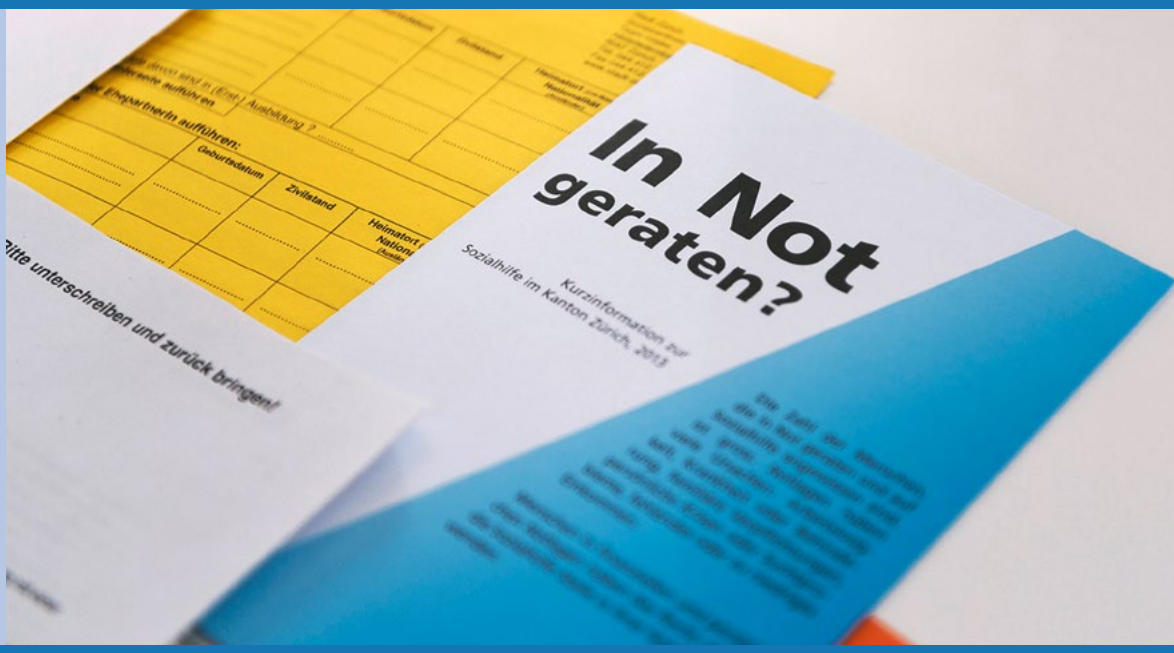
Le 8 mars 2022, la CFM a été consultée par le Secrétariat d'État aux migrations SEM sur l'application du statut S pour les personnes ayant fui l'Ukraine.

Le 11 mars 2022 dans l'après-midi, le Conseil fédéral a informé qu'il souhaitait activer le statut de protection S à partir du 12 mars 2022. Le même jour, la CFM publie une prise de position sur l'aménagement du statut de protection S, dans laquelle elle aborde entre autres le thème de la formation.

Le 24 mars 2022, elle publie ensuite ses recommandations sur la formation obligatoire des enfants et des jeunes ayant fui leur pays et les diffuse largement.

Enfin, le 1er avril 2022, la Commission a pris position sur le programme prévu par le SEM concernant les mesures de soutien aux personnes bénéficiant d'un statut de protection S. Elle a également publié un rapport sur les mesures de soutien aux réfugiés.

Le 6 septembre 2022, la CFM a participé à l'audition du groupe d'évaluation du DFJP sur le statut de protection S. Le groupe – convoqué par la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter – était présidé par l'ancien conseiller d'État argovien Urs Hofmann. Il était composé de l'ancien conseiller aux États zougois Roland Eberle, du conseiller national soleurois Kurt Fluri, de l'ancien conseiller d'État tessinois Paolo Beltraminelli, de l'ancienne conseillère d'État vaudoise Béatrice Métraux, de l'ancien secrétaire d'État Mario Gattiker et de la secrétaire d'État Christine Schraner Burgener. Ce groupe avait pour mission de mettre en évidence les forces et les faiblesses du statut de protection S inscrit dans la LEI sous l'aspect de sa mise en œuvre pratique. En vue de l'audition, une position consolidée de la Commission a été élaborée et présentée par le groupe de travail de la CFM « Octroi de protection ».



Sécurité sociale dans la société suisse de migration

Depuis quelques années, on constate que les politiques ont tendance à lier l'accès aux prestations de l'État social au statut des personnes. Les étrangers ont certes le droit de demander l'aide sociale en cas de besoin, mais ils mettent ainsi en péril leur droit de séjour.

Lors de la séance plénière de février, la Commission a débattu avec Samira Marti de l'initiative parlementaire « La pauvreté n'est pas un crime ». Nicolas Galladé a présenté des informations sur l'étude BASS consacrée au « non-recours à l'aide sociale des étrangers avec autorisation de séjour ou d'établissement en Suisse » et sur la modification prévue de la LEI pour « l'adaptation des prestations d'aide sociale octroyées aux ressortissants d'États tiers ».

À la séance plénière de mai, Jean-Pierre Tabin a fait un exposé sur le thème « Assurances sociales : qui est solidaire de qui ? ». Barbara von Rütte a présenté une contribution sur le thème « Qui en fait partie ? La pauvreté comme instrument d'exclusion de la naturalisation ».

Lors de la séance plénière de septembre, le numéro 39 de terra cognita consacré à « La sécurité sociale dans la société suisse de migration » avec des articles de Barbara von Rütte, Andrea Lanfranchi, Hilmi Gashi et Nicolas Galladé a été mis à disposition.

À la séance plénière de décembre, le thème de l'(in) sécurité sociale a été abordé par les membres de la CFM Dieter Kläy, Nicolas Galladé et Michael Schneider sous l'angle de l'économie, des offices de migration et des villes.

Migration et formation

La CFM attire régulièrement l'attention sur les obstacles que les personnes en fuite doivent surmonter pour pouvoir étudier en Suisse.

En collaboration avec l'Union des Étudiant-e-s de Suisse (UNES), la CFM a organisé le 24 mai 2022 la table ronde « Étudier après avoir fui son pays ». À cette occasion, des représentantes et représentants des hautes écoles, de la société civile, des autorités et du monde politique ont discuté des défis et esquissé des pistes de solutions. La CFM a rendu les conclusions de cette table ronde accessibles à un large public.

En raison de son expertise dans le domaine de la migration et de la formation, la CFM a été invitée le 29 avril 2022 par la commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national CSEC-N à une audition sur le thème de «l'intégration des personnes avec statut de protection S dans le système de formation suisse».

Lors de l'audition par le groupe parlementaire pour la formation professionnelle du 20 septembre 2022, la CFM a souligné la nécessité d'agir dans le domaine de l'éducation et de la formation professionnelle. Selon elle, les mesures qui peuvent être mises en œuvre rapidement sont les suivantes

- la création de programmes cantonaux d'intégration professionnelle visant à mettre à profit les compétences pédagogiques et la formation des personnes sous statut de protection S au bénéfice des écoles, ce qui permettrait de remédier à la pénurie massive d'enseignants ;
- la collecte de données statistiques sur les compétences des personnes sous statut de protection S. Ces données pourraient servir aux autorités et aux institutions de formation pour développer des mesures appropriées ;
- l'introduction d'un portefeuille de compétences uniforme et reconnu pour les personnes bénéficiant du statut de protection S, afin de les aider à trouver des solutions appropriées dans le domaine de la formation et sur le marché du travail ;
- le développement d'offres de passerelles, d'accompagnement et de coaching au niveau secondaire II et tertiaire, axées sur le potentiel des personnes avec statut S, ainsi que le développement de nouvelles offres, notamment dans le domaine des écoles secondaires ;
- la mise en place et l'exploitation d'une plate-forme nationale qui a pour but d'informer et de mettre en réseau les différents acteurs de la formation postobligatoire, de coordonner les efforts des cantons, de lancer et de développer des offres dans le domaine de la formation postobligatoire et de les transférer dans les structures ordinaires.

En outre, la CFM a recommandé à la Confédération d'aller encore plus loin à moyen terme, de mettre en place – de pair avec les cantons – différentes mesures de soutien dans le cadre d'un plan d'action national « Qualité de la formation dans la société de migration », et de mettre à disposition les moyens financiers nécessaires à l'élaboration d'un tel plan.

Droits civiques

Les discussions sur les droits civiques (droits politiques, sociaux et civils) dans la société suisse de migration constituent un point central du travail de la CFM. En 2022, la Commission s'est penchée sur différents aspects de cette thématique.

Lors de la séance plénière de février, Rosita Fibbi a présenté les résultats de l'étude « Naturalisation facilitée des personnes de la troisième génération. État des lieux après trois ans de mise en œuvre (2018–2020) », qu'elle a réalisée à la demande de la CFM. La conseillère nationale Ada Marra, qui a déposé plusieurs interventions au Parlement pour faciliter la naturalisation des enfants et des jeunes, a montré pourquoi les droits civiques des personnes de la deuxième et de la troisième génération doivent être étendus.

À la session plénière de mai, c'est la société civile qui était à l'honneur. Divers acteurs ont parlé de leur engagement :

- Uwe Serdült et Sebastian Thomaskutty de baloti.ch,
- Elias Studer de einbürgerungsgeschichten.ch,
- Stefan Manser-Egli de l'Aktion Viervierteltel,
- Maria-Cecilia Quadri, de l'Institut Nouvelle Suisse INES,
- Isabel Garcia d'Operation Libero,
- Noémi Weber de l'Observatoire suisse du droit d'asile et des étrangers (ODAE-Suisse)

Ils ont plaidé

- pour l'élargissement des droits civils, politiques et sociaux ;
- pour le renforcement de l'égalité des chances lors de l'accès à la nationalité suisse ;
- ainsi que contre les discriminations des personnes sans passeport suisse.

À la séance plénière de septembre, la Commission s'est consacrée à la naturalisation ordinaire. Barbara von Rütte a démontré que la procédure de naturalisation ordinaire, déjà restrictive, est devenue encore plus sélective avec la révision totale de la loi sur la nationalité en 2018. Anne Kristol, du Laboratoire d'études des processus sociaux (MAPS) de l'Université de Neuchâtel et collaboratrice scientifique du projet « Les faiseur.euse.s de Suisse au XXIe siècle » a apporté son exposition du Musée Gruérien de Bulle à Flüeli-Ranft. La pratique communale en matière de naturalisation, tant du côté des autorités de naturalisation que de celui des candidats à la naturalisation, y est présentée et commentée.

Encouragement de l'intégration

Dans le cadre de l'encouragement spécifique de l'intégration de la Confédération, la CFM est habilitée à développer, réaliser et coordonner des programmes d'encouragement. Elle peut également demander au Secrétariat d'État aux migrations SEM des contributions financières pour mettre en œuvre les projets correspondants. Les programmes de la CFM visent à combler d'éventuelles lacunes dans le domaine de l'intégration. En 2022, la CFM a terminé le programme « Periurban ». Les deux programmes « Citoyenneté – échanger, créer, décider » et « Nouveau Nous – culture, migration, participation » ont été poursuivis.

Programme « Periurban »

Le programme « Periurban » déployé par la CFM de 2008 à 2021 visait à soutenir la diffusion de bonnes pratiques destinées à favoriser l'intégration dans les communes rurales qui ne s'étaient guère saisies de ces questions auparavant.

Soutien de projets

Entre 2008 et 2021, toute une gamme de projets et d'activités a vu le jour dans treize régions de Suisse avec un objectif commun : faciliter l'intégration des nouveaux venus et le vivre-ensemble de la population.

Clôture du Programme

Le Programme s'est terminé par une rencontre entre les différents acteurs en avril 2022. Les expériences et enseignements tirés de 14 années de programme sont présentés au public dans le livre-atelier « du bien-vivre ensemble en milieu rural », à consulter en ligne.

Programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider »

Dans la société suisse de migration, toutes et tous n'ont pas les mêmes droits et devoirs. Les droits civiques notamment – droits sociaux, civils et politiques – ne sont pas équitablement répartis, mais dépendent du statut de séjour ou du statut civique. Bien que les aspects juridiques de l'intégration de la population suisse soient globalement satisfaisants, il y a là un besoin d'action.

Des lacunes apparaissent particulièrement en matière de droits politiques. Un quart des personnes vivant en Suisse est soumis à ses lois sans pouvoir contribuer de manière autonome à leur élaboration, faute de droits politiques. Ces personnes ne sont pas reconnues dans la vie publique. La société de migration n'est donc pas représentée de manière appropriée dans les structures politiques de la Suisse. La CFM entend y remédier. Il lui tient à cœur d'améliorer durablement la participation politique de la population, et c'est pourquoi elle a lancé en 2009 le Programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider ».

Soutien de projets

Par l'encouragement de projets, la CFM soutient le développement de solutions novatrices permettant de renforcer la participation politique de la population. Dix demandes de financement ont été soumises en 2022. Des contributions financières ont été demandées au SEM pour cinq projets

Partenariats

Avec la sélection suivante de partenariats, la CFM encourage l'institutionnalisation des possibilités de participation politique :

- Conseil Suisse des Activités de Jeunesse 2021–2022.
- Fédération suisse des parlements des jeunes 2022–2024.
- Campus pour la démocratie 2022–2024.

Évaluation du Programme

Une évaluation à grande échelle a examiné la mise en œuvre du Programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider ». L'évaluation donne une bonne note au programme et à ses instruments – les projets, les partenariats et les ateliers. Le programme a permis d'atteindre, au-delà des groupes cibles de la promotion de l'intégration, des personnes qui font avancer les processus de participation politique.

Programme « Nouveau Nous – culture, migration, participation »

La Suisse est une société de migration. Près de la moitié de la population suisse est issue de la migration. Dans les villes, les agglomérations et les villages, la diversité se vit au quotidien, avec tous les défis et les opportunités qu'elle présente.

Cependant, dans la sphère publique, les discours, les images, les histoires et les espaces sont souvent façonnés par des modèles stéréotypés du « Nous et les Autres », ce qui peut conduire à la polarisation et à l'exclusion. Une démocratie nécessite au contraire une culture publique polyphonique qui permet l'appartenance et la reconnaissance de l'ensemble de la population.

Dans le Programme « Nouveau Nous », la CFM encourage des projets participatifs qui remettent en question les discours, les images, les histoires et les espaces du « Nous et les Autres » et qui développent des alternatives. Le Programme renforce ainsi la participation culturelle, la cohésion sociale et un sentiment d'appartenance polyphonique à la société suisse de migration.

Soutien de projets

En 2022, 49 demandes de financement ont été soumises. Des contributions financières ont été demandées au SEM pour 21 projets.

Chantier « Nouveau Nous »

Les porteurs de projets se sont réunis avec la CFM en juin 2022 pour l'atelier « Nouveau Nous », afin de discuter ensemble des défis liés à la conception et à la mise en œuvre des projets.

Ancrage structurel

Dans le même temps, le processus d'institutionnalisation de la participation culturelle s'est poursuivi.
Ce processus est mené en collaboration avec le Secrétariat d'État aux migrations SEM, l'Office fédéral de la culture OFC et Pro Helvetia.

Liste des projets

Cette liste contient tous les projets approuvés en 2022.
Les projets concernés ont été déposés entre 2021 et 2022.

Durée	Montant	Programme	Canton	Titre	Responsable du projet
2021–2022	140'000.–	Citoyenneté – Projets	CH	Perspektiven-Studium 2021–2022	VSS UNES USU
2021–2023	44'000.–	Citoyenneté – Projets	JU	Action sociale de proximité	Services sociaux régionaux de la République et Canton du Jura
2021–2023	90'000.–	Citoyenneté – Projets	GE	Nouveau quartier de l'Étang à Vernier – Dispositif d'accompagnement pour favoriser la cohésion sociale	Ville de Vernier – cohésion sociale
2022–2023	115'000.–	Citoyenneté – Projets	VD	Projet Traits d'union – phase II	Bureau lausannois pour les immigrés
2022–2024	125'000.–	Citoyenneté – Projets	CH	Budget participatif : phase 2	Secrétariat général de la direction Enfance, jeunesse et quartiers de la Ville de Lausanne
2022–2025	90'000.–	Citoyenneté – Projets	CH	Kinder- und Jugendpartizipation bei räumlichen Entwicklungsprojekten in Gemeinden	Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit (DOJ)
2023–2023	50'000.–	Citoyenneté – Projets	D-CH	Michael Elsener – ALLES WIRD GUT	Pointenbauer GmbH
2023–2023	13'850.–	Citoyenneté – Projets	BE/LU	Citizen Journalismus «Misch dich ein!»	Verein Lucify.ch
2023–2024	70'000.–	Citoyenneté – Projets	ZH	MultiBioKulti im Gemeinschaftgarten des Stadtgartens Färberwiese	Interessengemeinschaft Stadtgarten Färberwiese / Wetzikontakt
2023–2024	200'000.–	Citoyenneté – Projets	GE	Conseils des habitants	Bureau de l'intégration des étrangers du canton de Genève-DCS
2023–2024	95'000.–	Citoyenneté – Projets	CH	Zukunftsgestaltungsset mit und für Lernende	SGG / Pro Futuris
2022–2024	150'000.–	Citoyenneté – Partenariats	CH	Partenariat entre la CFM et la FSPJ	Fédération Suisse des Parlements des Jeunes (FSPJ)
2022–2026	120'000.–	Citoyenneté – Partenariats	CH	Partenariat entre la CFM et le CSAJ – Phase II – Prolongation	Conseil suisse des activités de jeunesse (CSAJ)
2021–2022	35'000.–	Neues Wir – Projets	BS	Einreisedatum	Verein Backpack2school
2021–2022	40'000.–	Neues Wir – Projets	ZH	Found in Translation	Expo Transkultur
2021–2022	40'000.–	Neues Wir – Projets	VD	Tisser l'hospitalité : Inclure les jeunes du foyer EVAM MNA dans le quartier d'Entre-Bois par une démarche participative	Association Kraft

Durée	Montant	Programme	Canton	Titre	Responsable du projet
2021–2023	45’000.–	Neues Wir – Projets	ZH/BE/BS	Orient Express Film – und Kulturtage 2021	Verein Orient Express
2021–2023	60’000.–	Neues Wir – Projets	BS	°Kläranlage°	Ausstellungsraum Klingental
2021–2024	40’000.–	Neues Wir – Projets	BE	Das Wandbild muss weg!	Verein Das Wandbild muss weg!
2021–2024	35’000.–	Neues Wir – Projets	ZH	Concert of Nations	Stadt Kloten
2021–2025	80’000.–	Neues Wir – Projets	SO/LU/ZH/BL/BS/AG	Recht auf Wir	Forschung Art Education, Zürcher Hochschule der Künste
2021–2025	60’000.–	Neues Wir – Projets	AG	Collecting stories – Sammeln und Erinnern mit Alltagsexpert*innen der Migrationsbevölkerung	Stadtmuseum Aarau
2022–2022	20’000.–	Neues Wir – Projets	BE	Unser Weltendorf	Ralf Assman
2022–2023	75’000.–	Neues Wir – Projets	NW	Bunte Spunte	Bistro Interculturel
2022–2024	50’000.–	Neues Wir – Projets	VD	VOIESX DE RESISTANCE	Association reliefs
2022–2024	85’000.–	Neues Wir – Projets	NE/FR/GE	Lectures alternatives : cohésion culturelle à travers des rencontres dans les espaces muséaux	AMIC
2022–2024	80’000.–	Neues Wir – Projets	GR	GLOBAL PLAYERS Raum für Interkultur / interkulturelles Theater	Global Players Chur
2022–2024	15’000.–	Neues Wir – Projets	SZ	Sprachlich-kulturelle Partizipation der Vorschulkinder aus neueingewanderten Familien	Pädagogische Hochschule Schwyz
2022–2025	120’000.–	Neues Wir – Projets	VD	Lausanne Méditerranées – laboratoire interculturel	Stadt Lausanne
2022–2025	30’000.–	Neues Wir – Projets	BS/BE/ZH	War! 5 minutes – 5 days – 5 months	Noarmi GMBH
2023–2025	20’000.–	Neues Wir – Projets	ZH	Hast Du Power	ReBelle Art
2023–2026	80’000.–	Neues Wir – Projets	CH	i-we-i – between two alphabets	Verein Peer-Campaigns

Manifestations

Table ronde « Étudier après avoir fui son pays »

À l'université de Berne

Les guerres, la précarité et les persécutions forcent sans cesse des personnes à prendre la fuite. En 2022, des personnes parties d'Ukraine, mais aussi d'Afghanistan, de Syrie, de Turquie et d'autres pays sont arrivées en Suisse.

Parmi ces individus en quête de protection, on trouve notamment beaucoup d'étudiantes et d'étudiants qui ont dû quitter leur université ou n'ont pas pu commencer leurs études. Ceux-ci souhaitent à présent poursuivre leur parcours académique en Suisse et cherchent donc à intégrer les hautes écoles spécialisées ou pédagogiques. Comment peut-on alors leur garantir l'accès à ces établissements ?

En collaboration avec l'Union des Étudiant-e-s de Suisse (UNES), la CFM a organisé le 24 mai 2022 la table ronde « Étudier après avoir fui son pays » à laquelle environ 80 personnes ont participé. Lors de cette manifestation, qui a eu lieu à l'Université de Berne, des représentantes et représentants des hautes écoles, de la société civile, des autorités et du monde politique ont discuté des défis concernant l'accès aux hautes écoles pour les réfugiés.

Ensemble ils ont proposé des solutions possibles dans les domaines :

1. Informer, sensibiliser, créer des conditions cadres favorables
2. Créer des offres d'encouragement pour une formation académique
3. Soutenir financièrement les réfugiés pendant leurs études

La synthèse et les conclusions de la table ronde « Étudier après avoir fui son pays » ont été publiées en novembre 2022.

Chantier « Nouveau Nous »

au Progr à Berne

Le 8 juin 2022, la CFM a organisé un chantier « Nouveau Nous » dans le but d'offrir une plate-forme commune pour les questions, les suggestions et le développement. Les responsables de projets ont eu l'occasion de faire connaissance ; les contributions de professionnels ont apporté des références méthodologiques et techniques. Le travail commun a permis de partager les connaissances existantes et de renforcer les réseaux. La CFM quant à elle, a pu appréhender les potentiels et les défis qui se présentent sur le terrain, et comment la stratégie d'encouragement est susceptible d'être développée dans ce contexte. La rencontre s'articulait autour de trois axes : « méthodes », « représentation » et « financement ». Ils se sont avérés être des thèmes transversaux importants lors du développement du programme et des premières expériences dans l'accompagnement des projets.

Trois questions étaient au cœur de cet échange :

4. Quelles sont les méthodes utilisées dans la pratique de la participation culturelle ?
5. Comment représenter la polyphonie et l'élaborer d'égal à égal ?
6. Comment financer les projets de participation culturelle ?

La synthèse et apprentissages de cet échange ont été publiées en août 2022.

Information du public

Étude « Naturalisation facilitée des personnes de la troisième génération. État des lieux après trois ans de mise en œuvre (2018–2020) »

Depuis le 15 février 2018, les étrangers dont les grands-parents vivaient déjà en Suisse et qui sont nés en Suisse eux-mêmes peuvent se faire naturaliser de manière facilitée. Parmi ces quelque 25 000 personnes, seules 1847 ont reçu un passeport suisse à fin 2020. L'étude analyse les raisons de ce bilan décevant et propose des pistes pour faciliter l'accès à la nationalité suisse.

Vidéo explicative « Alors, on se fait naturaliser ? »

La vidéo explicative de la CFM « Alors, on se fait naturaliser ? » a pour objectif de rendre la naturalisation facilitée plus accessible. Elle s'adresse aux personnes de la troisième génération d'étrangers et montre étape par étape comment elles doivent procéder si elles souhaitent profiter de la possibilité de naturalisation facilitée. Les jeunes étrangers dont les grands-parents ont déjà vécu en Suisse et qui sont eux-mêmes nés en Suisse peuvent bénéficier de la réglementation introduite en 2018 s'ils ont moins de 25 ans. Jusqu'au 15 février 2023, cette possibilité était également offerte aux personnes âgées de plus de 25 ans et de moins de 40 ans. La CFM a donc invité ces personnes à faire usage de cette possibilité pendant la période restante. Elle a ainsi défendu le point de vue selon lequel l'engagement politique de tous est nécessaire pour forger le présent et l'avenir de la Suisse. En 2022, la page sur la naturalisation facilitée de la 3e génération était la plus visitée du site Web de la CFM. Elle a été consultée 13294 fois en allemand, 5340 fois en français et 513 fois en italien.

terra cognita 39 « La protection sociale dans la société suisse de migration »

Il y a en Suisse un filet de sécurité qui offre une large protection contre la pauvreté – même lorsque les personnes tombent malades, perdent leur emploi ou gagnent trop peu pour pouvoir vivre de leurs revenus. Cependant, des études actuelles montrent que tous ne bénéficient pas de la même protection. Certains groupes de population issus de l'immigration sont exposés à des risques de pauvreté particuliers. En outre, lorsque des personnes ne possédant pas de passeport suisse perçoivent des aides sociales, elles doivent compter avec des conséquences relevant du droit des étrangers. Dans sa 39e édition, terra cognita soulève les multiples questions qui résultent de l'(in)sécurité sociale dans la société suisse de migration. Les quelque 30 contributions émanant de la science, de la pratique et de la politique abordent les défis et les solutions possibles sur la voie d'une plus grande sécurité sociale pour tous.

Podcast « NOUS SOMMES LÀ »

Dans la série « (In)équité des chances dans la société de migration » du podcast « NOUS SOMMES LÀ », cinq épisodes en allemand et deux épisodes en français ont été publiés en 2022 sur les thèmes principaux suivants :

- Chancen(un)gerechtigkeit in der Bildung
- (In)équité des chances dans l'éducation
- Chancen(un)gerechtigkeit und Geschlechterrollen – Fokus Männer
- (In)équité des chances et rôles de genre – focus sur les hommes
- Chancen(un)gerechtigkeit und Geschlechterrollen – Fokus Frauen
- Chancen(un)gerechtigkeit und Soziale Sicherheit
- Chancen(un)gerechtigkeit und Bürgerrechte

Court reportage « Femmes – migrantes – engagées »

Elles militent pour l'environnement et défendent l'égalité de toutes et tous. Elles ont été élues à l'exécutif et sont devenues une source d'inspiration dans leurs régions respectives. Elles, ce sont trois femmes politiques suisses originaires d'Afghanistan, du Sri Lanka et du Kosovo. Dans ce court reportage elles racontent comment leur motivation est née. Le portrait a été produit par Albinfo.ch avec le soutien de la CFM. Il a été diffusé par « La Télé » dans les cantons du Valais, de Vaud et de Fribourg.

Conseils au Conseil fédéral, aux autorités, aux politiques et aux professionnels

En 2022, le travail de conseil politique à l'attention du Parlement, de l'administration et des autorités a été renforcé au secrétariat. La CFM a formulé de nombreuses recommandations, prises de position et avis ; elle a présenté des exposés et mené des entretiens de conseil.

Janvier 2022

- **Conseil au Conseil fédéral sur le thème prioritaire de la crise afghane.**

Février 2022

- **Audition à la CIP-E : « Procédure d'asile en ambassade et/ou ou visas humanitaires étendus : composante nécessaire d'un système de protection cohérent ? ».**

- **Recommandation au Conseil fédéral : « La Suisse porte une responsabilité : statut de protection « S » pour les réfugiés ukrainiens »**
  Le 28 février 2022, la Commission fédérale des migrations CFM estime que la Suisse a la responsabilité de participer à la maîtrise des grands mouvements d'exode et de la crise humanitaire liée à la guerre en Ukraine. Elle recommande ainsi au Conseil fédéral d'accueillir les personnes à protéger en provenance d'Ukraine en leur accordant le statut de protection S. Comme en 1999, lors de la guerre en ex-Yougoslavie, ces admissions devraient être accordées très rapidement et généreusement.

Mars 2022

- **Audition à la division « nationalité » du SEM sur la question de savoir comment les autorités peuvent améliorer l'information concernant la naturalisation facilitée de la troisième génération d'étrangers.**

- **Statut de protection S : prise de position sur les modalités.**

Du point de vue de la Commission fédérale des migrations CFM, le statut de protection S est très bien adapté pour accorder rapidement et de manière pragmatique une protection sans procédure d'asile à la population civile en fuite pour la durée de la menace aiguë. La CFM a pris position dans le cadre de la consultation que le Secrétariat d'État aux migrations SEM a menée avec différentes instances spécialisées, suite à la décision du Conseil fédéral à ce sujet. La CFM a plaidé pour une organisation différenciée de la protection collective. L'objectif des réglementations doit être le maintien de la capacité de travail, de retour et d'intégration. Cela signifie entre autres que l'accès à la formation et au travail doit être favorisé et soutenu. En outre, le bien-être des enfants et la protection des femmes et des personnes vulnérables doivent être traités en priorité au cours de toutes les étapes.

- **Recommandations à la Confédération, aux cantons et aux communes concernant la formation obligatoire des enfants et des jeunes ayant fui leur pays.**
  La CFM considère l'éducation et la prise en charge médicale des enfants et adolescents ukrainiens réfugiés comme une tâche particulièrement sensible. C'est pourquoi cette tâche doit être assumée conjointement par la Confédération, les départements cantonaux des affaires sociales et de la santé, les hautes écoles pédagogiques et les services d'intégration et doit s'attacher à la préservation du bien-être de l'enfant à toutes les étapes du processus. Le 23 mars 2022, la CFM formule des recommandations pour la mise en œuvre.

Avril 2022

- **Audition à la CSEC-N sur le thème de la « Scolarité obligatoire et formation post-obligatoire pour les ressortissants ukrainiens » concernant la question de l'intégration des personnes bénéficiant d'une protection S dans le système éducatif suisse**

- **Prise de position concernant le programme fédéral « Mesures de soutien des personnes avec statut de protection S »**
  Le programme fédéral prévu, intitulé « Mesures de soutien des personnes avec statut S » (programme S), doit fournir un cadre financier afin que les cantons puissent planifier des mesures de soutien supplémentaires pour les personnes avec un statut S. La Commission fédérale des migrations CFM salue l'initiative de la Confédération. Toutefois, dans sa prise de position adressée aux autorités, la CFM réitère l'importance de mener rapidement les personnes vers le processus d'intégration régulier. Ce processus doit être axé sur le maintien de la capacité de travail et de formation, indépendamment du moment d'un éventuel retour dans le pays d'origine. En outre, la CFM recommande de ne pas limiter la durée du programme à un an, mais de le maintenir aussi longtemps que ces personnes seront présentes en Suisse. La CFM considère que l'accès à la formation doit faire partie des priorités de ce programme. Le forfait d'intégration et les prestations correspondantes, qui s'appliquent aux réfugiés reconnus et aux personnes admises à titre provisoire, doivent être étendus aux personnes avec statut S.

Mai 2022

- **Audition à la CIP-E : « Naturalisation facilitée de la 2e et 3e génération »**

- **Prise de position sur la modification de la loi sur les étrangers et l'intégration (LEI) pour la limitation de l'aide sociale accordée aux ressortissants d'États tiers.**
  Le 15 janvier 2020, le Conseil fédéral a adopté un train de mesures visant à restreindre ou exclure l'aide sociale pour les ressortissants d'États tiers et à réduire les coûts à la charge des cantons et communes.
  Dans sa prise de position, la Commission fédérale des migrations CFM constate qu'au cours des dernières années, de nombreux durcissements sont déjà intervenus dans le droit des étrangers en vue de réduire les coûts de l'aide sociale. La CFM rejette cette évolution : les réductions successives de l'aide sociale touchant les étrangères et les étrangers, les discussions portant sur l'abus de prestations auxquelles les étrangers ont droit selon la Constitution, les débats pour empêcher les immigrés de bénéficier de l'aide sociale, la judiciarisation de la notion d'intégration, le recours à l'aide sociale comme motif de sanction et le lien entre aide sociale et sécurité du séjour sont autant de mesures qui, de l'avis de la CFM, vont diamétralement à l'encontre des efforts d'intégration de la Confédération et des cantons. Il est nécessaire de revenir sur le lien problématique établi entre aide sociale et droit des étrangers.
  La Suisse est une société façonnée par la migration. Les individus agissent dans un contexte international et évoluent dans des réseaux de relations trans-nationaux. Les narratifs du « nous et les autres », qui ont été utilisés par la politique ces dernières années, notamment dans le domaine de l'aide sociale, ne font aucun sens dans une société de migration. Au contraire, la CFM est d'avis que de tels narratifs affaiblissent la cohésion sociale et la démocratie.
  La CFM en est convaincue : les défis auxquels la Suisse devra faire face dans le futur – notamment dans le domaine de la sécurité sociale – requièrent des solutions intégratives touchant l'ensemble de la société.

Août 2022

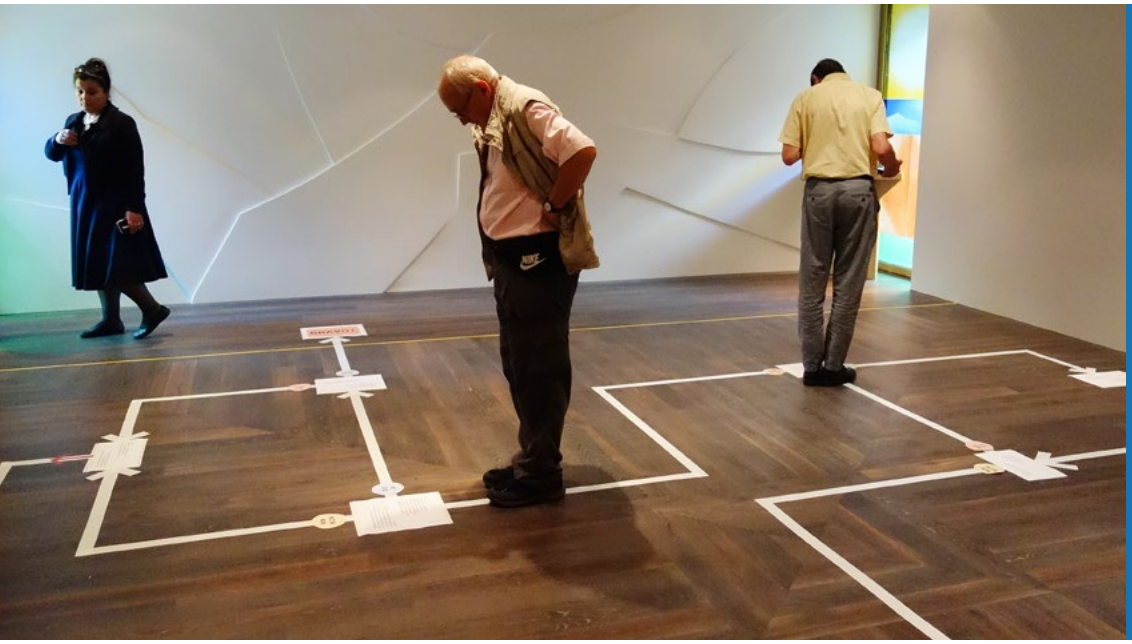
- **Audition du groupe d'évaluation du DFJP sur le statut de protection S.**

- **Réaction à la déclaration de la Suisse au sommet des Nations unies sur la transformation de l'éducation.**

- **Prise de position sur le 4e rapport sur la mise en œuvre des droits de l'homme en Suisse en vue de l'examen au Conseil des droits de l'homme de l'ONU.**

Septembre 2022

- **Audition du groupe parlementaire Formation professionnelle sur la question de la nécessité d'agir dans le domaine de la formation professionnelle : pour les personnes auxquelles la Suisse accorde sa protection, ainsi que pour les personnes ayant immigré tardivement.**



- **Groupe de travail Réinstallation du SEM : prise de position sur l'étude comparative entre les pays sur les « Voies d'accès complémentaires pour les personnes en fuite » et l' « Analyse du SEM sur les voies d'accès complémentaires en Suisse ».**
  Dans sa prise de position, la CFM met en exergue le rôle important que joue la Suisse dans le domaine de l'octroi de la protection : en comparaison internationale, la Suisse est un État de réinstallation établi et, avec les possibilités de visas humanitaires, elle va plus loin que de nombreux autres pays d'accueil. Du point de vue de la CFM, ses possibilités ne sont toutefois pas épuisées. Un regard vers la pratique montre que les instruments utilisés peuvent être améliorés. Il y a en outre des instruments de protection pour lesquels la Suisse manque encore d'expérience et dont la mise en œuvre doit être discutée au vu des besoins de protection croissants à l'échelle mondiale. Au niveau international, où le système de protection reste insatisfaisant, la Suisse peut apporter sa pierre à l'édifice, par exemple en contribuant au développement d'instruments innovants. Par le passé, la Suisse a déjà joué un rôle de pionnière. Elle devrait continuer à prendre une place de leader dans le futur, conformément à sa tradition humanitaire.

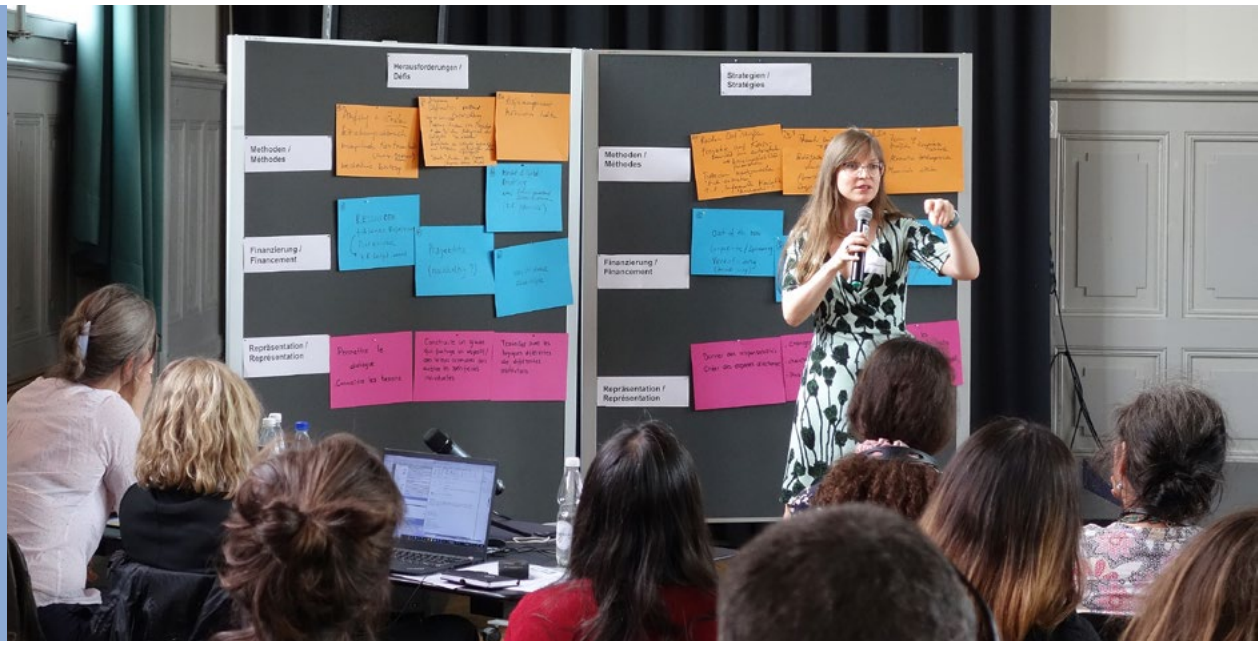
Décembre 2022

- **Prise de position « Modifier la réglementation des cas de rigueur dans la LEI conduira à une plus grande égalité juridique pour les victimes de violence »**
  Quand des ressortissants d'États tiers sont victimes de violence domestique, ils risquent de perdre leur droit de séjour en cas de dissolution de leur mariage ou de leur communauté familiale. De nombreuses victimes restent dans leur situation de peur de perdre leur autorisation de séjour.

  La Commission des institutions politiques du Conseil national CIP-N entend préciser et élargir la réglementation des cas de rigueur dans la loi sur les étrangers et l'intégration (LEI) par une initiative parlementaire, afin de mieux protéger les personnes concernées. La CIP-N souligne la position du Conseil fédéral qui, dans sa réponse au rapport sur la mise en œuvre de la Convention d'Istanbul, stipule que toutes les personnes, indépendamment de leur titre de séjour, doivent avoir un droit de séjour en Suisse lorsque leur mariage est dissous en raison de violence domestique. La CFM salue dans sa prise de position le pas franchi par la CIP-N, qui débouchera sur une plus grande égalité juridique et améliorera la protection des victimes.

Janvier – décembre 2022

Aux travaux énumérés se sont ajoutées de nombreuses autres réunions de mise en réseau, des réponses aux questions et aux demandes de la population et la rédaction de lettres de recommandation, ainsi que de multiples autres activités de conseil secondaires.



Groupes de travail et conseils consultatifs

Les membres de la Commission ont également apporté leur expertise en dehors des séances plénières, notamment dans le cadre de groupes de travail et de conseils consultatifs.

Groupe de travail de la CFM « Octroi de protection »

À l'été 2022, la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter, cheffe du DFJP, a mis en place un groupe d'évaluation du statut S sous la direction de l'ancien conseiller d'État Urs Hofmann. L'objectif de ce groupe d'évaluation était d'identifier les défis et les questions découlant de l'application du statut S et d'évaluer l'intégration de la réglementation en vigueur dans le système d'asile suisse. Le groupe d'évaluation du DFJP a invité divers groupes d'intérêts – dont la CFM – à une audition au Bernerhof.

Le groupe de travail de la CFM « Octroi de protection » a élaboré sa position en se basant sur ses recommandations et prises de position publiées précédemment, présentées lors de l'audition par un comité de la CFM. Le groupe d'évaluation du DFJP a remis son rapport intermédiaire fin novembre 2022.

Éducation pour toutes et tous – maintenant !

Représentation de la CFM : Inés Mateos
Suite au colloque « Personnes en fuite – formation, intégration et émancipation », des dispositions ont été adoptées lors d'une rencontre du réseau en janvier 2020. Solidarité sans frontières sosf, le syndicat SSP et l'Union des étudiant-e-s de Suisse UNES ont fondé l'association « Éducation pour toutes et tous – maintenant ! » et ont lancé la campagne éponyme en octobre 2020. Avec cette campagne, l'association s'engage à faire tomber les nombreuses barrières, souvent insurmontables, que rencontrent les personnes en fuite pour accéder à l'éducation et à un travail qualifié. Des événements sont organisés pour lancer un débat public sur la manière d'améliorer l'accessibilité et l'égalité des chances dans le système éducatif. Une pétition et des interventions parlementaires doivent permettre de mettre en place des changements structurels qui augmentent les chances de formation des personnes en fuite. Le projet dispose d'un sounding board, dans lequel la CFM peut apporter son expertise.

Perspectives – Études

Représentation de la CFM : Etienne Piguet / Pascale Steiner
L'Union des étudiant-e-s de Suisse UNES est convaincue que l'égalité des chances dans l'accès à la formation supérieure doit également être garantie pour la partie de la population suisse qui a acquis sa formation académique préalable à l'étranger. Afin de mettre l'accent sur cette préoccupation, le projet « Perspectives – Études » a été lancé en 2016. Ce projet a un rayonnement national : un site Web contenant des informations complètes sur l'accès aux hautes écoles a été mis en place. Le site s'adresse aux personnes en fuite intéressées par les études ainsi qu'aux accompagnateurs et aux spécialistes. Grâce à ce projet, l'UNES effectue en outre un travail de mise en réseau entre les différents projets de hautes écoles en Suisse ainsi qu'entre les acteurs des domaines de la formation, de la migration et de l'intégration. La CFM est représentée au sein du comité consultatif de ce projet depuis sa création.

INVOST – pré-études d'intégration dans les hautes écoles

Représentation de la CFM : Daniela Sebeledi
Avec le programme « INVOST », l'Union des étudiant-e-s de Suisse (UNES) soutient les hautes écoles spécialisées régionales dans l'ancrage structurel d'offres transitoires pour les personnes qualifiées ayant fui leur pays. L'objectif est de leur permettre d'accéder à une formation correspondant à leur potentiel. La Hochschule für Technik de la Fachhochschule Nordwestschweiz et la Haute école spécialisée de Suisse occidentale (HES-SO) participent à la phase pilote. Par la suite, le projet sera étendu à d'autres hautes écoles spécialisées. Avec INVOST, l'UNES effectue un travail de mise en réseau, soutient les hautes écoles spécialisées dans leur travail stratégique et encourage l'engagement bénévole des étudiants. À cela s'ajoute un financement initial des mesures d'encouragement et de préparation ainsi que l'accompagnement et l'évaluation des processus. Un comité consultatif, dans lequel la CFM est représentée, accompagne INVOST sur le plan technique, encourage la collaboration interinstitutionnelle et contribue à la multiplication et à la pérennisation des offres.

Cours de préparation à l'université pour les réfugiés (Université de Zurich)

Représentation de la CFM : Elham Manea
L'Agenda Intégration Suisse IAS a été lancé en 2019. Son objectif est de permettre aux personnes en fuite et aux personnes admises à titre provisoire de prendre pied rapidement sur le marché du travail, en fonction de leur potentiel. L'Agenda pour l'intégration souligne l'importance de la formation pour l'insertion professionnelle. Les offres d'intégration au niveau tertiaire étant jusqu'à présent rares, l'Université de Zurich a développé le cours de préparation à l'université « START ! Studium ». L'offre s'adresse aux personnes en fuite qui, en raison de leur formation préalable, présentent un potentiel pour des études supérieures. Le cours les prépare sur le plan linguistique, technique et organisationnel à une formation de niveau tertiaire et les soutient dans leur passage à l'université. Afin d'assurer la qualité, le transfert de connaissances et la durabilité, le projet est accompagné scientifiquement et conseillé par un comité de pilotage interne et un comité consultatif externe – dans lequel la CFM est également représentée.

Forum national âge et migration

Représentation de la CFM : Ana Caldeira Tognola
Le Forum national âge et migration est une plateforme destinée à mettre en réseau au niveau national les grands acteurs des domaines de la santé, de la vieillesse, de l'intégration et de la migration. Il œuvre à l'amélioration de la situation tant sociale que sanitaire des migrants âgés en Suisse. Pour ce faire, il mène des activités de relations publiques et de formation ainsi qu'un travail de fond. Le but est de défendre les intérêts des aînés issus de la migration, de faire valoir leurs droits et de soutenir leur intégration en favorisant leur participation à la vie sociale. Parallèlement, le forum vise à sensibiliser l'opinion publique, et plus encore les professionnels du domaine de la vieillesse, aux parcours et aux conditions de vie des migrants âgés.
La CFM soutient le Forum national âge et migration par son travail au sein du comité consultatif.

Membres

La CFM est une commission extraparlementaire qui conseille le Conseil fédéral. Elle comporte 30 membres. Elle dispose d'un secrétariat qui la soutient dans l'accomplissement de ses tâches.

Walter Leimgruber, président

Walter Leimgruber a étudié l'histoire, la géographie et l'ethnologie à l'Université de Zurich et a obtenu un doctorat en histoire sur la politique africaine des États-Unis sous la présidence Kennedy. Il a collaboré à différents projets de recherche, a été concepteur d'expositions, rédacteur et curateur pour le XXe siècle au Musée national suisse.
Depuis 2001, il est professeur d'anthropologie culturelle à l'Université de Bâle avec, comme domaines principaux, la migration, l'héritage culturel, la politique culturelle, la culture matérielle et visuelle.

Elham Manea, vice-présidente

Elham Manea a obtenu son habilitation à l'Université de Zurich en 2011 où elle est privat-docente à l'institut des sciences politiques. Elle enseigne et mène des recherches dans les domaines pluralisme juridique et loi islamique, politique de la péninsule arabique, genres et politique, ainsi que islam politique. Elle est en outre auteure et militante des droits de l'homme et conseille des organisations gouvernementales et non gouvernementales sur les droits de l'homme, l'islamisme, les femmes sous la loi islamique et les pays en zones de conflits (Yémen) – tous sujets ayant trait à la migration. Parmi ses dernières publications, il faut citer : Woman and Shari'a Law : The Impact of Legal Pluralism in the UK (2016) et Der Alltägliche Islamismus (2018).

Etienne Piguet, vice-président

Etienne Piguet est professeur de géographie des migrations à l'Université de Neuchâtel. Son premier contact avec le domaine de l'asile remonte à son activité de représentant de la Croix-Rouge suisse dans les auditions d'asile durant les années nonante. Ses recherches ont ensuite porté sur la répartition des demandes d'asile en Europe, sur l'insertion des réfugiés dans le marché du travail et sur la politique migratoire suisse en général. Plus récemment, il s'est penché sur la question des « réfugiés climatiques ». Il participe à ce titre à l'Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC/GIEC). Etienne Piguet est président de la Commission de géographie de la population de l'International Geographical Union. Il tient le blog « politique migratoire » sur le site du journal « Le Temps ».

Veronica Almedom

Veronica Almedom est arrivée en Suisse avec sa famille pendant la guerre d'indépendance de l'Érythrée à la fin des années quatre-vingts. Elle a suivi une formation commerciale à Lausanne, puis une spécialisation en communication.
Depuis 2013, elle est activement engagée pour la cause érythréenne. L'Érythrée est son pays d'origine. Elle a eu l'occasion d'y passer du temps à plusieurs reprises. Ces moments étaient riches en découvertes. Son engagement, depuis 2013, a pour but de sensibiliser différents groupes de la société civile suisse aux questions des droits humains. En Érythrée, ces questions se trouvent au cœur de la crise migratoire actuelle.

Ana Caldeira Tognola

Née à Porto, Ana Caldeira Tognola s'est installée en 1975 en famille à Nyon. Elle a obtenu une licence ès lettres à l'Université de Lausanne puis elle a été élue à la Chambre Consultative des étrangers de Lausanne, qu'elle a présidée et à la Commission Consultative des étrangers de la même ville. Parallèlement, elle a pris part au Forum pour l'Intégration des Migrants à Berne au nom de la Fédération des Associations Portugaises de Suisse. Elle a ensuite vécu neuf ans en Afrique.
Elle dirige depuis mai 2015 la bibliothèque interculturelle LivrEchange de Fribourg. Elle a repris son engagement à la Fédération des Associations Portugaises de Suisse. En février 2017, elle a été nommée au Conseil consultatif de l'aire consulaire de Berne.

Anna Celio-Panzeri

Anna Celio-Panzeri représente l'Association des communes suisse (ACS) et la Fédération suisse des bourgeoisies et corporations (FSBC) auprès de la CFM. Elle est née et a grandi dans le canton du Tessin. Après le gymnase, elle s'est installée en Suisse alémanique, à Zurich. Elle y a fait ses études de bachelor et de master en sciences politiques. Jusqu'en 2021, elle a travaillé comme cheffe de projet pour l'ACS, où elle était responsable des questions de politiques d'asile et de migration, d'économie, de sécurité et de participation. Elle a dirigé le projet in comune, un projet participatif inscrit dans le cadre du programme Citoyenneté, qui vise à accroître la participation de l'ensemble de la population au niveau des communes.
Depuis 2021, elle travaille pour Pro Senectute.

Nicolas Galladé

Nicolas Galladé est conseiller municipal de Winterthour depuis 2010 et dirige le Département des Affaires sociales de cette ville. En tant que directeur de ce département, il s'engage afin que tous aient une place dans la société – y compris les pauvres, les réfugiés, les jeunes et les personnes âgées. En 2014, il a été élu président de l'Initiative des villes pour la politique sociale, qui défend les intérêts de quelque 60 villes suisses en matière de politique sociale. Auparavant, il avait œuvré pendant plusieurs années au Grand Conseil du canton de Zurich et au Conseil général de Winterthour. À la CFM, il met en avant les préoccupations des villes, qui souvent perçoivent les changements sociétaux en premier et les abordent de manière innovante.

Hilmi Gashi

Hilmi Gashi travaille depuis 2005 pour le syndicat Unia. Il a d'abord été secrétaire à la migration puis chef de section et depuis 2019, il est chef des groupes d'intérêt Migration, Jeunesse et Égalité. Au Kosovo, son pays d'origine, Hilmi Gashi a étudié les sciences économiques. En Suisse, il a d'abord travaillé dans le bâtiment et a poursuivi ses études en sciences économiques et sociales ainsi qu'en management des associations à l'Université de Fribourg. Il a travaillé pour divers projets dans le domaine de la migration, a présenté des émissions pour des radios libres et réalisé des films documentaires. Il est président de la Commission des migrations de l'Union syndicale suisse, président de la Commission spécialisée Intégration de la ville de Berne et coprésident de Solidarité sans frontières.

Mohomodou Houssouba

Mohomodou Houssouba est écrivain et linguiste. Après des études en littérature et langues modernes, il suit une formation de professeur d'anglais au Mali. Il fréquente ensuite les ateliers d'écriture littéraire et finit par une spécialisation en lettres afro-américaines et études de la diaspora africaine à l'Illinois State University.
Il vit à Bâle depuis fin 2011 et a travaillé dans plusieurs programmes favorisant l'accès des communautés immigrées aux ressources culturelles. Ils leur permettent de faire leur propre chemin dans la société suisse.

Jean-Claude Huot

Jean-Claude Huot travaille actuellement comme aumônier et accompagne des personnes qui ont des difficultés dans leur emploi ou peinent à en retrouver. Cet accompagnement est humain, social et aussi spirituel puisque c'est un engagement au sein de l'Eglise catholique dans le cadre d'une mission commune menée avec l'Eglise protestante du canton de Vaud. Auparavant, Jean-Claude Huot a travaillé pour Action de Carême, Public Eye, la commission Justice et Paix, organe consultatif de la Conférence des évêques suisses, ainsi que pour des émissions religieuses à la télévision. Sa formation de base est une licence ès lettres obtenue à l'Université de Neuchâtel en 1983.

Mano Khalil

Après des études de droit et d'histoire à l'Université de Damas, Mano Khalil étudia la réalisation de longs métrages à l'académie du cinéma et de la télévision de l'ancienne Tchécoslovaquie. Il collabora ensuite avec la télévision tchèque et slovaque en freelance. Il vit en Suisse depuis plus de vingt ans où il travaille comme réalisateur, scénariste et producteur de divers documentaires et longs métrages. À travers son travail et son engagement personnel, et en tant que cinéaste et ancien réfugié, il aimerait montrer à un large public la douleur des personnes contraintes à l'exil et contribuer ainsi à une meilleure compréhension entre les autochtones et des hôtes souvent indésirés.

Dieter Kläy

Dieter Kläy a étudié l'économie politique et les sciences politiques ainsi que l'économie d'entreprise à l'Université de Saint-Gall (Executive MBA HSG).
Depuis 2012, il travaille à l'Union suisse des arts et métiers (usam) comme responsable du service du marché du travail, de la mobilité et du droit économique. Il est membre de la Commission tripartite fédérale (CTF), de la Commission tripartite ILO (TPK ILO) ainsi que de la Commission fédérale du travail (CFT) et de la commission de surveillance du fonds de compensation de l'assurance-chômage. De plus, Dieter Kläy est président de la commission de formation professionnelle de l'Union cantonale des arts et métiers de Zurich et vice-président du Grand Conseil de Zurich.

Albana Krasniqi Malaj

Depuis 2008, Albana Krasniqi Malaj dirige l'Université des Cultures de Genève (UPA). Auparavant elle a travaillé à l'Office fédéral des Réfugiés puis au DIP à Genève comme enseignante et consultante parentale et au SJAC à Onex comme formatrice d'adulte. Elle a étudié la philologie et a obtenu le diplôme universitaire en Sciences de la traduction et de FLE de l'université de Tirana en Albanie. En Suisse, elle a suivi des formations en médiation et gestion des conflits, en politique sociale suisse, gestion d'entreprise, communication interculturelle et en formation d'adultes. Sa participation citoyenne est marquée par son engagement dans des associations à but non lucratif : Alternative Médiation, la plate-forme Albinfo.ch, la Ligue des Enseignants et Parents Albanais, entre autres.

Thomas Kunz

Thomas Kunz est un expert en migrations. Jusqu'en 2020, il a été pendant une vingtaine d'années directeur de l'AOZ (organisation asilaire de Zurich), une organisation spécialisée dans les domaines des réfugiés, de la migration et de l'intégration. Il a étudié la pédagogie et la philosophie à l'Université de Zurich. Il a travaillé dans le domaine de l'animation jeunesse en milieu ouvert et a passé sa thèse de doctorat sur ce sujet. Ultérieurement, il a dirigé, pendant de nombreuses années, l'aide au logement et aux sans-abris de la ville de Zurich. Il a été pendant plusieurs années président de la commission d'examens de l'examen professionnel fédéral de spécialiste de la migration.

Andrea Lanfranchi

Le professeur Andrea Lanfranchi est un psychothérapeute reconnu au niveau fédéral ainsi qu'un psychologue spécialiste de l'enfance et de l'adolescence (FSP). Il est directeur de l'institut professionnalisation et développement des systèmes à la Haute école intercantonale de pédagogie curative à Zurich (HfH). Il mène des projets de recherche dans le domaine de la migration, de l'école, de la famille et de l'intégration et édite de nombreuses publications sur ces sujets.

Inés Mateos

Inés Mateos est conseillère indépendante, experte, modératrice et chargée de cours dans des domaines relatifs aux questions liées à la formation et la diver-

sité. Elle accorde une grande importance au transfert entre la théorie, la pratique et la société. Elle dispose d'une expérience longue et multiple, effectue un travail à la fois scientifique et axé sur la pratique et entretient un vaste réseau de relations local, national et international. Elle est multilingue et pluriculturelle.

Peter Meier

Depuis mi-2018, en tant que chef de la politique d'asile à l'Organisation suisse d'aide aux réfugiés (OSAR), Peter Meier est responsable des affaires politiques dans le domaine fuite et asile, du lobbying de l'OSAR au Palais fédéral, de l'administration et du public, ainsi que du travail avec les médias. Auparavant, Peter Meier avait accompagné, observé et analysé la politique suisse et européenne en matière d'asile et de migration pendant vingt ans comme journaliste, et en dernier lieu comme rédacteur pour Tamedia au Parlement fédéral. Il a étudié l'histoire et les sciences des médias aux Universités de Bâle et de Berne. Il a été collaborateur scientifique pendant quelque dix ans à l'Institut des sciences des médias et de la communication de l'Université de Berne où il a été directeur de la recherche et vice-directeur pour de nombreux projets de recherche.

Gaetana Restivo

Gaetana Restivo, biologiste, est arrivée en Suisse en 2006 et a obtenu un doctorat à l'Université de Lausanne. Elle a ensuite poursuivi ses activités de recherche à Zurich et travaille actuellement à l'hôpital universitaire. Elle est militante et membre fondateur de la Fabbrica di Zurigo, une association politico-culturelle composée de migrants italiens de nouvelle génération qui s'engagent, entre autres, pour une société plus ouverte et accueillante envers les étrangers. Afin de diffuser ces thèmes, en collaboration avec d'autres associations de migrants, la Fabbrica di Zurigo organise le Tag der ZürcherInnen, une fête de rue consacrée chaque fois à un thème différent en lien avec la migration.

Camila Rezende de Sousa

Diplômée de la faculté de droit au Brésil, Camila Rezende de Sousa continue d'améliorer ses connaissances législatives grâce aux formations proposées en droit des étrangers. Au bénéfice de plus de neuf ans d'expérience dans le domaine de l'orientation de personnes liées à la migration, elle est actuellement responsable de l'accueil des nouveaux arrivants francophones et lusophones au bureau lausannois pour les immigrés et bénévole au sein de l'association lusophone Entrelaçar. Ces activités lui permettent d'être en contact direct avec des personnes aux cultures variées dont les parcours uniques engendrent des besoins spécifiques. Elle souhaite faire profiter la CFM de son expérience sur le terrain.

Michael Schneider

Après une formation et un perfectionnement dans le domaine artisanal, Michael Schneider a réalisé pendant plusieurs années différents projets de construction et de génie civil. Pendant cette période, il a également travaillé pour deux petites ONG en Afrique dans

le cadre de la coopération au développement. Après une formation auprès de l'administration fédérale des douanes, il a exercé différentes fonctions dans la vallée du Rhin. En tant que spécialiste, il a également travaillé pour le Département fédéral des affaires étrangères DFAE à l'ambassade suisse d'Abuja. Fin 2007, après une formation continue et un perfectionnement en parallèle à son travail, il rejoint l'office des migrations et le bureau des passeports du canton de Glaris. Michael Schneider prend la tête de cet office en 2011 et depuis 2020, il représente l'Association des services cantonaux de migration (ASM) auprès de la CFM.

Daniela Sebeledi

Daniela Sebeledi a étudié la sociologie à l'Université de Genève et à l'Université Humboldt de Berlin. Elle travaille au bureau de l'intégration des étrangers du canton de Genève en tant que chargée de projets principalement sur les questions de racisme et de discrimination. Elle est membre du comité de la CoSI, la Conférence des Services spécialisés dans l'Intégration, qu'elle représente à la CFM. Elle est engagée dans diverses associations actives dans les domaines de l'asile, de la promotion et de la protection des droits humains. Elle est d'origine serbo-croate.

Iris Seidler-Garot

Une formation initiale de spécialiste en hôtellerie a été suivie de nombreuses années à l'étranger, en particulier dans l'espace nord-africain. Iris Seidler-Garot a ainsi vécu plus longtemps comme migrante à l'étranger qu'en Allemagne, son pays d'origine. Depuis 12 ans, elle vit en Suisse et travaille au service de la communication des espaces verts de la ville de Zurich (Grün Stadt Zürich). Parallèlement à son engagement à la CFM, elle soutient directement, depuis plusieurs années, une famille balinaise en se chargeant de la formation des enfants.

Christoph Sigrist

Christoph Sigrist est pasteur du Grossmünster à Zurich et professeur titulaire en sciences de la diaconie à la faculté de théologie de l'Université de Berne. Il est engagé dans différents organismes et fondations et est membre du Conseil de fondation de l'EPER, président du conseil de l'association Zürcher Spendenparlament, président du Forum zurichois des religions et de la Société pour les minorités en Suisse (GMS). En tant que membre de la CFM, les aspects humanitaires, juridiques et éthiques de la politique migratoire suisse et la mise en réseau des initiatives étatiques et ecclésiastiques lui tiennent à cœur. Depuis 30 ans, il s'engage en faveur de la prise en charge des réfugiés, que ce soit sur le plan politique ou sur celui de la diaconie, par exemple par le biais de la distribution d'aide venant des églises ou en tant que cofondateur du réseau de solidarité Zurich.

Antonio Simona

Antonio Simona (né en 1952) a d'abord travaillé comme journaliste auprès de l'Agence télégraphique suisse après ses études de littérature. En 1983, il entra au Département fédéral de justice et police DFJP. De 1988 jusqu'à sa retraite, fin 2017, il dirigea le Centre d'enregistrement et de procédure (aujourd'hui Centre fédéral pour requérants d'asile) à Chiasso. Il est actuellement président de la Fondazione Azione Posti Liberi du Tessin, qui fournit principalement un soutien et des conseils juridiques aux demandeurs d'asile.

Anu Sivaganesan

C'est au sein de la Commission pour les questions d'intégration et contre le racisme du canton de Zoug qu'Anu Sivaganesan adolescente a fait sa première expérience du travail de comité. Aujourd'hui, elle est chercheuse dans le domaine de la migration et des droits humains à la faculté de droit de l'Université de Zurich. Ses études scientifiques l'ont menée en Turquie, aux Pays-Bas, au Sri Lanka, au Pakistan et au Royaume-Uni, ainsi qu'aux États-Unis. Depuis plusieurs années, elle dirige le service juridique du Centre de compétence pour la lutte contre le mariage forcé, un organe fédéral. Elle est en outre membre de la Commission fédérale pour les questions féminines CFQF, préside les organisations Lobby suisse de l'enfant ainsi que Migration & droits humains, et est membre du comité de NCBI Suisse.

Sibylle Stolz

Sibylle Stolz Niederberger a terminé ses études d'ethnologie, de sociologie et de sciences de l'islam en 2000 avec un travail de licence sur la politique d'intégration en Suisse et à Lucerne.
Depuis 2000, elle est déléguée à l'intégration de la ville de Lucerne. Elle a mis sur pied la politique d'intégration et le service de l'intégration de cette ville. Les activités correspondantes comprennent, outre l'intégration spécifique (la culture de bienvenue, les conseils à la municipalité en matière de questions interculturelles et de projets d'intégration), la mise en place de l'encouragement précoce et de la politique des quartiers. Dès sa fondation et jusqu'en 2016, Si-

bylle Stolz-Niederberger a fait partie du comité directeur de la Conférence des délégués cantonaux, régionaux et communaux à l'intégration.

Barbara von Rütte

Barbara von Rütte s'est déjà intéressée au droit de la migration pendant ses études de droit aux Universités de Berne et de Leyde. Après une formation d'avocate, elle a passé sa thèse de doctorat sur le thème de la reconnaissance de la nationalité en tant que droit humain à l'Université de Berne. Parallèlement, elle a effectué des recherches sur la nationalité suisse, l'apatridie ou l'admissibilité de la détention administrative des étrangers au regard des droits humains. Depuis 2019, Barbara von Rütte effectue des recherches au Max-Planck-Institut à Göttingen sur les sociétés multireligieuses et multiethniques en tant que postdoctoral research fellow (postdoctorante). En outre, elle est consultante au Conseil de l'Europe pour la détention administrative des étrangers et membre du comité de humanrights.ch et du Swiss Network of Young Migration Scholars.

Simon Wey

Depuis 2016, Simon Wey est économiste du marché du travail et, depuis 2019, il est économiste en chef à l'Union patronale suisse (UPS) à Zurich. Auparavant, il avait travaillé comme économiste industriel à la Commission fédérale de la concurrence et chez Swisscom SA. Après une formation professionnelle de base, il a terminé ses études d'ingénieur en informatique HES. Il a ensuite étudié l'économie publique à l'Université de Zurich où il a obtenu son doctorat, tout en ayant effectué un séjour de recherche à la Wharton School de l'Université de Pennsylvanie à Philadelphie. À l'UPS, il s'engage pour l'intégration des migrants sur le marché du travail.

Mandy Zeckra

Mandy Zeckra représente l'organisation faîtière des fédérations syndicales Travail.Suisse auprès de la CFM. Elle était vice-présidente et membre du bureau exécutif du syndicat Syna. Elle est née à Berlin, en Allemagne, et y a grandi. Après des études de sciences politiques, elle a travaillé pendant 15 ans dans le cadre de la collaboration internationale et a effectué des séjours de plusieurs années au Kosovo, au Soudan du Sud, en Afghanistan et au Pakistan. Elle a en outre dirigé l'aide humanitaire mondiale pour Caritas Suisse et coordonné des missions lors de catastrophes et de crises. Elle a été confrontée au thème de la migration sous différents angles : guerre, climat, pauvreté. Au sein de la CFM, elle se consacre aux questions d'intégration économique et sociale, ainsi qu'à la protection contre la discrimination.

Membres du secrétariat 2022

Bettina Looser, Elodie Morand, Pascale Steiner, Sibel Opuz, Lisa Marti, Adrian Sansonnens, Rohit Jain, Sibylle Siegwart, Sylvie Lupi, Lenny Bugayong

Impressum

Éditrice
Commission fédérale des migrations CFM
Quellenweg 6, 3003 Berne-Wabern
ekm@ekm.admin.ch

Rédaction
Bettina Looser, Pascale Steiner, Lisa Marti

Graphisme
pomona.innovation, Visp

Copyright photos
Alex Uehlinger: Pages 14, 16, 24/25
CFM: Pages 3, 10, 15, 17, 19, 20, 22, 24, quatrième de couverture
Keystone-SDA: Valentin Flaurad, photo de couverture;
Jean-Christophe Bott, page 6; Christian Beutler, page 7;
Martin Ruetschi, page 8
weiss communication+design ag: Pages 9, 16
Yoshiko Kusano: Pages 4/5, 18, 21, 25, 26, 27, 28, 30

CFM/mai 2023